

# Die Gleichheit

Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen

Mit den Beilagen: Für unsere Mütter und Hausfrauen und Für unsere Kinder

Die Gleichheit erscheint alle vierzehn Tage einmal.  
Preis der Nummer 10 Pfennig, durch die Post vierteljährlich  
ohne Bestellgeld 55 Pfennig; unter Kreuzband 85 Pfennig.  
Jahres-Abonnement 2,60 Mark.

Stuttgart  
22. Januar 1913

Zuschriften an die Redaktion der Gleichheit  
sind zu richten an Frau Klara Zeffin (Zunede), Wilhelmshöhe,  
Post Degerloch bei Stuttgart. Die Expedition befindet sich  
in Stuttgart, Furtbach-Straße 12.

## Inhaltsverzeichnis.

Die wirtschaftliche Hochkonjunktur 1912. Von J. K. — Bezirks-  
Frauenkonferenzen. II. Von Luise Zieg. — Kampf- und Kriegs-  
jahr. I. Von H. B. — Aus Finnland. Von Hilja Kärsinen. —  
Der Riiz in der Welt des Katholizismus. Von W. D.  
Aus der Bewegung: Die Beteiligung der Genossinnen am vierten  
Parteitag der preussischen Sozialdemokratie. — Von der Agitation.  
— Jahresbericht der Genossinnen in Weinböhla. — Politische Rund-  
schau. Von H. B. — Gewerkschaftliche Rundschau. — Aus der Textil-  
arbeiterbewegung. Von sk. — Arbeitslosenzählung im Deutschen  
Textilarbeiterverband. Von sk. — Aus der Holzarbeiterbewegung.  
Von sk. — Notizrei der Gewerkschaften in den Balkanländern.  
Notizenteil: Dienstbotenfrage. — Arbeitsbedingungen der Arbeiter-  
innen. — Sozialistische Frauenbewegung im Ausland. — Frauen-  
stimmrecht. — Frauenbewegung. — Die Frau in öffentlichen  
Ämtern. — Frauenbildung.

## Die wirtschaftliche Hochkonjunktur 1912.

Es ist ein unabänderliches Gesetz der kapitalistischen  
Wirtschaft, daß Produktion und Warenumsatz in wellenför-  
miger Bewegung steigen und fallen. Es findet eine bestän-  
dige Erweiterung der Produktion von Gütern statt, aber  
sie vollzieht sich derart, daß alle paar Jahre Krisen aus-  
brechen, die eine Einschränkung oder doch ein Daniederliegen  
der Warenerzeugung zur Folge haben, worauf dann allmäh-  
lich die Produktion wieder ausgedehnt wird, über den frühe-  
ren Höhepunkt hinausgeht, bis abermals eine Krise eine  
schwere Stöckung herbeiführt.

Die letzte allgemeine Krise fiel in das Jahr 1907. Es  
waren wieder einmal mehr Waren erzeugt worden, als der  
Markt aufnehmen konnte, der Absatz fehlte, die Preise fielen,  
Bankrotte waren an der Tagesordnung. Die Jahre 1908  
und 1909 standen im Zeichen der Stöckung, die Geschäfte  
gingen schlecht. Erst in der zweiten Hälfte 1910 stellte sich  
allmählich eine Besserung ein, die während des Jahres 1911  
anhielt, und 1912 brachte den meisten Industriezweigen  
einen blühenden Geschäftsgang, die Hochkonjunktur. Weit-  
aus die meisten der Großkapitalisten werden zufrieden sein  
mit diesem Jahre. Wenn sie in ihren Geschäftsbüchern den  
großen Strich unter die Jahresbilanz ziehen, werden sie  
schmunzelnd feststellen, daß der Profit überaus reichlich aus-  
gefallen, daß ihr Vermögen angewachsen ist.

In einzelnen Industriezweigen sind die Ergebnisse ge-  
radezu glänzend. Es wurden in Deutschland im Jahre 1907  
rund 143 Millionen Tonnen Steinkohlen (die Tonne zu  
1000 Kilogramm gerechnet) gefördert, dagegen 1912 in den  
ersten zehn Monaten schon 147½ Millionen Tonnen, so daß  
die Jahresproduktion auf 165 Millionen Tonnen geschätzt  
wird. Dabei konnten aber die Grubenbarone die Kohlen-  
preise in die Höhe schrauben, denn trotz der gesteigerten Pro-  
duktion ist die Nachfrage nach Kohlen größer als das An-  
gebot, man reißt sich heute um Kohlen. Die Profitsumme,  
die den Zechenherren zufällt, ist daher groß, das Jahr war  
für sie ein fettes. Ähnlich liegen die Dinge in der Eisen-  
produktion. Hier ist die Produktionssteigerung ungewöhn-  
lich hoch. Im Jahre 1908 wurden in Deutschland 11,8 Mil-

lionen Tonnen Roheisen erzeugt, 1909 12,9 Millionen, 1910  
14,8 Millionen, 1911 15,6 Millionen, 1912 17,8 Millionen.  
Über die Hauptsache für die Unternehmer ist etwas anderes.  
In den Jahren 1908 bis 1910 hatten sie Mühe und Not, das  
Eisen unterzubringen. Da sie gutorganisierte Kartelle bilden,  
konnten sie erzwingen, daß trotzdem im Inland die Preise  
nicht stark sanken. Um so mehr aber ging der Absatz zurück,  
und um die Ware los zu werden, mußte sie im Ausland zu  
billigen Preisen verschleudert werden. Das änderte sich aber  
in der zweiten Hälfte des Jahres 1911, und seitdem steigen  
auf dem Weltmarkt die Preise unablässig. Im Dezember  
1912 war der Preis für „Halbzeng“, das heißt Eisen in  
Form von Blöcken, Stäben, Platten, die nachher weiter-  
verarbeitet werden, um mehr als ein Drittel höher als im  
Juli 1911. Das ist auch sehr erklärlich: Die Maschinen-  
fabriken, die Schiffsbauwerften, die Waggon- und Lokomotiv-  
fabriken und andere Betriebe, die Eisen verarbeiten, sind  
derart mit Aufträgen überhäuft, daß sie kaum noch neue  
Aufträge entgegennehmen können, trotzdem sie mit voller  
Kraft produzieren. Auch in diesen Industriezweigen sind  
natürlich die Preise in die Höhe geschraubt worden, die  
Profite gewaltig angeschwollen.

Nicht minder günstig ist die Lage in der Elektrizitäts-  
industrie, in der chemischen Industrie, in der Papier-  
industrie. Das günstige Bild gilt indessen nicht nur für  
Deutschland, sondern im gleichen Maße auch für andere In-  
dustrieländer, besonders für England, Frankreich, Belgien,  
die Vereinigten Staaten. Überall ist der Geschäftsgang  
glänzend, sind die Warenumsätze gewaltig gesteigert, die  
Preise gestiegen, folglich die Profite gewachsen.

Dazu kommt, daß die Ernte im Jahre 1912 im allge-  
meinen überaus reichlich ausgefallen ist. Deutschland hat eine  
Ernte, die alle bisherigen übertrifft, soweit die Menge in  
Betracht kommt. Aber auch alle Ausfuhrländer haben reiche  
Ernten: die Vereinigten Staaten, Kanada, Argentinien,  
Rußland. Trotzdem sind aber die Getreidepreise bis jetzt  
nicht stark zurückgegangen. Das erklärt sich daraus, daß im  
allgemeinen die Zeiten vorüber sind, wo starker Überfluß  
an Getreide und anderen Nahrungsmitteln herrschte. Denn  
die kapitalistische Gesellschaft produziert anarchisch, plan-  
und ordnungslos, und es ist in ihr keine Möglichkeit vor-  
handen, die Gütererzeugung dem Bedarf anzupassen. So  
konnte es kommen, daß in den letzten Jahren der Anbau  
von Getreide und die Viehhaltung nicht in dem Maße aus-  
gedehnt worden sind, wie der Bedarf an Brot und Fleisch  
steigt. Land, das sich zum Getreidebau und zur Viehzucht  
eignet, ist im Überfluß vorhanden, und die Sachverständigen  
wissen, daß auch der bisher bestellte Boden bei Anwendung  
aller Hilfsmittel viel mehr liefern kann. Aber die Produk-  
tion wird nicht in dem Maße ausgedehnt, wie es notwendig  
wäre, weil trotz der hohen Preise der Lebensmittel die Pro-  
fite im Ackerbau niedriger sind als in der Industrie, die  
Kapitalisten also kein besonderes Interesse haben, Kapital  
in der Landwirtschaft anzulegen. Hinzu kommt, daß auch



die landwirtschaftlichen Unternehmer und die Zwischenhändler heute sich zusammenschließen, um die Preise künstlich hochzuhalten. Da sind zum Beispiel die Milchproduzenten. Sie können zweifellos in diesem Jahre bei weitem billiger liefern, denn Viehfutter ist in Gülle und Fülle vorhanden, aber man hört nichts von einem Zurückgehen der Preise, sondern im Gegenteil stellenweise von einem Hinaufschrauben. Die Großgrundbesitzer und die Getreidehändler halten ihrerseits mit dem Verkauf zurück, suchen die Preise hochzuhalten. Zum Teil ist das eine Spekulation auf den drohenden Weltkrieg: die ostelbischen Junker zum Beispiel haben die Speicher voll Getreide, aber sie verkaufen nur so viel, wie notwendig ist, um Geld für die dringendsten Ausgaben zu beschaffen. Alles übrige Getreide wurde in den letzten Monaten zurückgehalten, weil die Junker damit rechneten, daß der Weltkrieg ausbrechen kann, und daß dann das Getreide zu ungeheuren Preisen verkauft werden würde. In Amerika wird das Getreide ganz planmäßig vom Markte zurückgehalten. Man speichert auf, um nicht billig verkaufen zu müssen. Da, wie gesagt, im allgemeinen die Versorgung der Welt mit Getreide knapp ist, so können die Produzenten damit rechnen, daß, im Falle das nächste Jahr eine geringere Ernte bringen wird, die Vorräte teuer verkauft werden können. Die Durchführung dieser Spekulation ist eine Frage des Kredits, sie hängt davon ab, ob der landwirtschaftliche Unternehmer Geld auf sein lagerndes Getreide vorgeschossen bekommt, so daß er nicht gezwungen ist, sofort zu verkaufen. Kreditinstitute zu diesem Zwecke sind heute geschaffen, und zwar zum Teil mit Hilfe des Staates. Dadurch wird also bewirkt, daß auch im Jahre reicher Ernte die Preise nicht stark sinken.

Haben somit die Konsumenten keinen Vorteil von der großen Welternte, müssen sie nach wie vor hohe Preise für Lebensmittel zahlen, so hat dieser reiche Ernteertrag erweiterte Warenumsätze zur Folge und begünstigt die Steigerung der Produktion. Da nämlich den landwirtschaftlichen Unternehmern bei großer Ernte und hohen Preisen reicher Profit winkt, so entschließen sie sich leicht zu Neuanschaffungen von Produktionsmitteln: es werden Maschinen, Geräte, Kunstdünger gekauft, es werden Wirtschaftsgebäude errichtet oder bestehende erweitert, kurz die gute Ernte bewirkt verstärkten Absatz der Industrieprodukte.

Freilich gibt es auch Gruppen von Kapitalisten, die keineswegs besonders zufrieden mit der Entwicklung der Dinge in diesem Hochkonjunkturjahr waren. Vor allem sind es die Spekulanten und jene Unternehmer, die in besonders hohem Maße auf Kredit angewiesen sind. Wie immer in Zeiten der angestrengten Produktion und gesteigerter Warenumsätze war nämlich der Kredit verteuert, wer Geld leihen mußte, hatte sehr hohe Zinsen zu zahlen. Außerdem standen die letzten Monate des Jahres im Zeichen der Kriegsgefahr. In Österreich, wo diese Gefahr am fühlbarsten war, trat eine scharfe Kreditnot ein, aber auch in anderen Ländern zogen viele Kapitalisten es vor, sich nicht auf gewagte Geschäfte einzulassen, bei denen im Kriegsfall das Kapital gefährdet erscheint. Die Folgen waren, daß an der Börse die Kurse der Wertpapiere stark sanken. Das wäre nun nicht gerade ein Unglück, denn schließlich verlieren bei diesen Geschäften in der Regel die einen und gewinnen die anderen. Ernster ist, daß ein Geschäftszweig stark daniederlag, der stets im hohen Grade auf den Kredit angewiesen ist, nämlich das Baugeschäft. Die Bauspekulanten in den Großstädten stießen auf Schwierigkeiten, wenn sie Geld leihen wollten, um Bauten auszuführen, viele von ihnen mußten den Bankrott anmelden, und die Bautätigkeit wurde stark eingeschränkt.

Aber noch andere Gruppen von Kapitalisten klagten. Die Konfektionsgeschäfte stellen fest, daß der Absatz billiger Waren gering war, desgleichen die Wäschegeschäfte. Damit stimmt überein, daß auch in den Webereien und Spinnereien das Geschäft nur mäßig ging, und daß vielfach Feier-

schaften eingelegt wurden. Ebenso ist der Geschäftsgang der Schuhfabriken keineswegs glänzend, und auch die Möbelfabrikanten jammern.

Das alles ist nun ein sehr schlimmes Zeichen. Die genannten Geschäftszweige sind nämlich auf den Absatz an die große Masse der Bevölkerung, an die Arbeiterklasse, angewiesen. Der geringe Absatz ihrer Waren weist darauf hin, daß die große Masse der Arbeiter wenig kaufte. Das ist auch erklärlich. Erstens sind die Preise der Lebensmittel unverschämte hoch, folglich bleibt der Teil des Einkommens gering, den die Arbeiterfamilien für andere Zwecke ausgeben können. Zweitens kann man die Beobachtung machen, daß im Gegensatz zu früheren Jahren der Hochkonjunktur die Nachfrage nach Arbeitskräften keineswegs sehr stark war. Die Produktion ist riesenhaft gewachsen, aber die Zahl der beschäftigten Arbeiter stieg keineswegs im gleichen Maße, weil heute in allen Industriezweigen die Maschinen zahllose Verrichtungen ausführen, ohne daß Menschenhände notwendig wären. Die weitere Folge davon ist, daß die Arbeiter auch nur in den seltensten Fällen in der Lage waren, erhöhte Löhne durchzusetzen. Deshalb kann man sagen, daß die Hochkonjunktur nur insofern günstige Folgen für die Arbeiter zeitigte, als die Arbeitslosigkeit geringer war als in den Jahren der Stockung, dagegen hat sie nicht dazu geführt, das Einkommen der Arbeitermassen erheblich zu steigern.

Diese Erscheinung verdient ganz besondere Beachtung. In früheren Zeiten ermöglichte die Hochkonjunktur gewissermaßen ein Aufatmen der Proletarier, sie waren in der Lage, in solchen Jahren Erhöhung der Löhne zu erzwingen und konnten das etwas bessere Einkommen für Neuanschaffungen im Haushalt benutzen. Trat dann die Krise ein, so stieg wohl die Arbeitslosigkeit, aber die Löhne alsbald herabzudrücken, gelang den Unternehmern nicht immer, weil sie auf den Widerstand der Arbeiterorganisationen stießen. Dagegen erleben wir es jetzt, daß auch die Hochkonjunktur den Arbeitern keine Besserung der Lage bringt.

Ein solcher Zustand ist nur möglich, weil heute die Kapitalisten der Industrieländer in geringerem Maße auf die Kaufkraft der einheimischen Bevölkerung angewiesen sind. Man schafft die Waren ins Ausland, die bisher kapitalistisch wenig entwickelten Länder sind die Hauptabnehmer. Solange die Bevölkerung dieser Länder noch genügende Kaufkraft hat, kann das Getriebe weiter gehen, auch wenn die Kaufkraft der einheimischen Bevölkerung abnimmt. Aber jene Länder kaufen vor allem Produktionsmittel, weil auch in ihnen die kapitalistische Produktion sich ausbreitet, und bald werden dort die gleichen Zustände herrschen wie im alten Europa. So predigt das Hochkonjunkturjahr 1912 eindringlich, daß die kapitalistische Welt mit Riesenschritten dem allgemeinen Krach entgegenkriecht, vor dem sich der Kapitalismus nicht mehr retten kann.

J. K.

## Bezirks-Frauenkonferenzen.

### II.

Mitte Oktober fand im Anschluß an den Landesparteitag eine Frauenkonferenz für Anhalt im Volkshaus zu Bernburg statt. Außer den weiblichen Delegierten, die aus allen Orten mit weiblichen Parteimitgliedern entsendet worden waren, nahmen Genosse Deist als Vertreter des Landesvorstandes an ihr teil, die beiden Kreissekretäre Genosse Günther und Genosse Linke, ferner ein Redakteur des „Anhalter Volksblatts“. Im Anschluß an das einleitende Referat der Unterzeichneten über „Agitations- und Schulungsarbeiten unter dem weiblichen Proletariat“ entwickelte sich eine sehr lebhaft diskutierte, an der sich nicht nur die Genossinnen aus Bernburg, Dessau, Zerbst, Roswig, Roslau, Mienburg, also aus den Städten, beteiligten, sondern auch mit gleichem Interesse und gleicher Begeisterung die Genossinnen aus den Gatzorten Bernigerode, Garzgerode und aus verschiedenen Dör-



fern. Allseitig wurde der Wunsch geäußert, es möchten mindestens zweimal im Jahre größere öffentliche Frauenversammlungen veranstaltet werden mit einer Genossin als Referentin. Im übrigen seien für die Agitation in öffentlichen Frauenversammlungen die im Bezirk verfügbaren Kräfte nutzbar zu machen. Lebhafteste Zustimmung fand ferner der Wunsch, überall Lesesabende einzurichten, um die Genossinnen sowohl theoretisch als auch zur praktischen Mitarbeit zu schulen. Wo bereits Lesesabende existieren, wurden Vorschläge für ihren weiteren Ausbau gemacht und angenommen. Um den Genossinnen die Broschüren der Sozialdemokratischen Frauenbibliothek möglichst billig zugänglich zu machen, wurde gewünscht, daß die Bezirksleitung sie in größerer Zahl beziehen und zum Selbstkostenpreis abgeben solle. Eine umfassende Hausagitation sollte alsbald in Angriff genommen werden, und im Januar findet eine längere Versammlungstour statt, zu der Genossin **Vaumann**-Hamburg als Referentin zugesagt hat. Mit noch größerem Eifer als seither im Dienste der Partei wirken zu wollen, war das freudige Versprechen, das allseitig gegeben wurde.

Für den Bezirk **Zwidau** tagte am 31. Oktober in **Reichenbach i. Vogtl.** eine gut besuchte Frauenkonferenz. Sie bildete gewissermaßen den Abschluß einer Agitation, die von Genossin **Reicher**-Berlin übernommen worden war und die der Partei eine Anzahl neuer Mitkämpferinnen erworben hatte. Am Abend vor der Konferenz fand eine gut vorbereitete Frauenversammlung in **Reichenbach i. Vogtl.** statt, in der die Unterzeichnete die Lebensmittelteuerung behandelte; die Versammlung brachte uns zirka 70 neue Mitglieder. Die Konferenz war von der Bezirksleitung einberufen worden, sie wurde von unserem Parteisekretär **Genossen Meyer** mit einer Ansprache eröffnet und von ihm gemeinsam mit den Genossinnen **Ludwig**-Reichenbach und **Friedrich**-Zwidau geleitet. Nach einem einleitenden Referat der Unterzeichneten über „Die erfahrungsgemäß am wirksamsten Agitations- und Schulungsmethoden“ entspann sich eine lebhafteste Diskussion, bei der ganz allgemein der Wunsch nach mehr Agitation laut wurde. Von allen Seiten wurde auch den Vorschlägen der Referentin zugestimmt, Leses- oder Diskussionsabende einzurichten. **Genosse Meyer**, der sich mit großem Fleiß bisher schon der Frauenbewegung angenommen hat, versprach, auch diesem Wunsche möglichst Rechnung zu tragen. Von mehreren delegierten Genossinnen wurde über die eifrige Agitationsarbeit des deutschen Frauenbundes unter den Proletarierinnen berichtet. Die Werbearbeit dieser arbeiterfeindlichen Vereinigung hat überall dort großen Erfolg, wo die sozialistische Bewegung noch nicht Fuß gefaßt hat. So berichtete eine Genossin, daß in einer solchen bürgerlichen Versammlung 72 Proletarierinnen für den Frauenbund gewonnen wurden. Ein Beweis das, wie notwendig eine intensive Agitationsarbeit unsererseits ist. Die Konferenz erörterte kurz die Frage des **Kinderschutzes**, und die Genossinnen wurden zur Unterstützung der Jugendbewegung aufgerufen. Nachdem **Genossin Ludwig** einen warmherzigen Appell an die Genossinnen gerichtet hatte, all die empfangenen Anregungen für die weitere Agitation nutzbar zu machen, schloß die interessante Konferenz.

Am 3. November fand für den Bezirk **Görlitz** in der Stadt **Görlitz** eine stark besuchte Frauenkonferenz statt. Der Bezirksvorsitzende Reichstagsabgeordneter **Taubadel** eröffnete und leitete die Tagung, an der außer den weiblichen Delegierten die Kreisvorsitzenden, der Bezirkssekretär **Genosse Aherle** und der Ortssekretär **Genosse Keller** teilnahmen. Lebhafteste allseitige Zustimmung fand das einleitende Referat der Unterzeichneten über das Thema „Wie gewinnen und schulen wir die Frauen für die politische Betätigung?“ Besonders wurde den Ausführungen zugestimmt, daß just bei der Agitation unter den indifferenten Frauen anscheinende Nebensächlichkeiten nicht unberücksichtigt bleiben dürfen,

soß die Aufklärungsarbeit eine erfolgreiche sein. So zum Beispiel die Auswahl des Versammlungstags, des Themas, eine sorgfältige Vorbereitung der Maßnahmen, um bei der Veranstaltung neue Mitglieder aufzunehmen, und eine gründlich vorgenommene Hausagitation. Auf das lebhafteste wurde der Einrichtung von Lesesabenden und von Kursen für Frauen das Wort geredet und der gemeinsame Bezug agitatorisch wirksamer Broschüren, besonders der Sozialdemokratischen Frauenbibliothek befürwortet. Nicht erfreuliche praktische Fingerzeige für die Agitation wurden von den weiblichen Delegierten gegeben, die sich zahlreich an der Diskussion beteiligten. Die Kreisleiter verliehen ihrer lebhaften Freude darüber Ausdruck und betonten, daß es der Wille der Bezirksleitung sei, mit großem Fleiß dafür zu wirken, daß die Frauen für die Partei gewonnen würden. — Als zweiter Punkt wurde noch eingehend „Die Kinderausbeutung und der Kinderschutz“ behandelt; am Abend fand eine gut besuchte Frauenversammlung statt, die uns gegen 50 Neuaufnahmen brachte.

Am 13. November tagte in **Köln** eine Frauenkonferenz für den **Oberrhein**. Außer der Bezirksleitung und den zahlreichen weiblichen Delegierten aus allen Kreisen waren die Kreisvorsitzende erschienen, der **Köln**er Sekretär **Genosse Runge** und **Genosse Meerfeld** für die Parteizeitung. **Genosse Hofrichter** eröffnete mit einer eindringlichen Ansprache die Konferenz, die er auch leitete. Nach dem einleitenden Referat der Unterzeichneten setzte eine lebhafteste Diskussion ein, die Zeugnis ablegte von dem hohen Interesse der Delegierten an dem Fortschreiten unserer Parteibewegung. Mit lebhaftem Temperament und großer Geschicklichkeit beteiligten sich sowohl unsere **Köln**er und **Vonn**er Delegierten daran als vor allem auch unsere Genossinnen aus **Nachen** Land und aus **Mülheim a. Rh.** Die letzteren kämpften tapfer für einen niedrigeren Parteibeitrag, den sie nicht für sich forderten, sondern dem sie das Wort redeten, um leichter Indifferente zum Beitritt bewegen zu können. Mit scharfer Logik und großer Schlagfertigkeit traten sie immer aufs neue gegen die vorgebrachten Gegenargumente auf. Die Frauen zahlen am **Oberrhein** 10 Pf. pro Woche Beitrag, wofür sie die „Gleichheit“ gratis erhalten. Die Genossinnen erklärten, lieber auf das Obligatorium der „Gleichheit“ verzichten zu müssen, als den hohen Beitrag beibehalten zu wollen, der ihnen die Agitation sehr erschwere. **Köln**er Delegierte und die Unterzeichnete warnten eindringlich vor der Aufhebung des Obligatoriums, wiewohl keine sich verhehlte, daß ein niedrigerer Beitrag wohl geeignet ist, die Agitation unter den Frauen zu erleichtern. Die überwiegende Mehrheit der Konferenz stimmte denn auch für die Beibehaltung des Obligatoriums der „Gleichheit“, sprach aber den Wunsch aus, daß trotzdem der Beitrag etwas erniedrigt werden möge. Eingehend und mit großer Sachkenntnis wurden die einzelnen Vorschläge der Referentin besprochen und dabei die örtlichen Verhältnisse beleuchtet. Der Vertreter des Kreises **Vonn** berichtete unter anderem, daß eine fleißige gewerkschaftliche Genossin in kurzer Zeit einen Bezirk hoch gebracht habe, der vorher von einem Genossen stark verlottert worden sei. Der Verlauf der Konferenz bewies, daß die Frauenbewegung des Bezirkes **Oberrhein** nicht nur numerisch stark zugenommen hat, daß vielmehr die tätigen Genossinnen dort zusehends auch geistig emporgestiegen sind. Die Tagung stand auf einem bedeutend höheren Niveau als die vorjährige, die auch schon einen schönen Verlauf genommen hatte. Einstimmig fand ein Antrag Annahme, der wünschte, für den Bezirk möge ein weiblicher Sekretär angestellt werden. Augenblicklich hält die Bezirksleitung **Umschau** unter den in Frage kommenden Genossinnen, und bald wird auch in diesem Bezirk eine Sekretärin tätig sein.

Der 20. November brachte uns für den Bezirk **Nordwest** eine Frauenkonferenz in **Bremen**. Anwesend waren 57



Delegierte, darunter 35 Genossinnen, von der Bezirksleitung Genosse Rhein, der Sekretär Genosse Waigand und Genossin Simon, die auch die Konferenz leitete. Im Anschluß an das einleitende Referat der Unterzeichneten entspann sich eine lebhaft diskutierte, an der sich aus Bremen die Genossinnen Schweida, Simon, Harder, Ahrens und die Genossen Waigand und Rhein beteiligten. Sie alle gaben wertvolle Anregungen für die praktische Agitationsarbeit. Genossin Reiche-Begeack berichtete über die Agitation in ihrem Kreise und schilderte interessant, wie die Genossinnen bei Festlichkeiten die Kinder belustigen, wie sie Ausflüge mit ihnen veranstalten und so nicht nur die Kinder fesseln, sondern durch sie auch auf die Mütter Einfluß gewinnen. Der Vorstand ihres Kreises stellt den Genossinnen die Broschüren gratis zur Verfügung, die der Frauenagitation dienen. Die Genossinnen Heymuth und Schlichter-Bremerhaven sprachen in sehr temperamentvoller Weise zu den von der Referentin gemachten Vorschlägen, denen sie zustimmten, und berichteten über die Agitation in ihrem Orte, die ihnen sehr gute Erfolge brachte. Die praktischen Vorschläge des Referats wurden im einzelnen von den Genossen Frasnkievicz-Hemeligen und Möller-Harburg besprochen. Sie verwiesen dabei auf die vielen Hemmnisse, die bei der Agitation unter den Frauen zu überwinden sind, aber betonten auch die Erfolge, die namentlich in Harburg erzielt wurden, seitdem im Parteisekretariat auch eine Genossin angestellt ist. Genosse Möller teilte noch mit, daß die bürgerlichen Frauen angelegentlich unter den erwerbstätigen Proletarierinnen agitieren; die Fabrikleitungen stellen ihnen hierzu die Fabrikäle zur Verfügung. Die Konferenz sprach den Wunsch aus, daß möglichst bald eine Agitationstour unter dem weiblichen Proletariat des Bezirkes veranstaltet werden sollte. Er ist inzwischen erfüllt worden. Genossin Ruben hat für Ende des Monats eine Anzahl Versammlungen übernommen.

Die erste Bezirksfrauenkonferenz für den Bezirk Oldenburg, die in der Stadt gleichen Namens am 1. Dezember zusammentrat, war vom Bezirkssekretär Genossen Schulz einberufen worden und stand unter seiner Leitung. Eine eingehende Diskussion der Vorschläge, die von der Unterzeichneten gemacht wurden, brachte eine Klärung mancher Frage. Besonders eingehend wurden Einrichtung und Ausgestaltung der Les- und Diskussionsabende behandelt, die in den meisten Orten noch fehlten oder sehr jungen Datums sind. In sehr geschickter Weise schilderten unsere Genossinnen aus Müstringen, die seit langem regelmäßige Zusammenkünfte haben, wie sie diese Abende lehrreich und interessant gestalten, wobei Genosse Schulz ihnen stets in liebenswürdigster Weise Hilfe leistet. Aber auch die Genossinnen aus Oldenburg, Delmenhorst und aus rein ländlichen Orten nahmen lebhaften Anteil an der Debatte und versprachen, die erhaltenen Fingerzeige in der Agitation nutzbar zu machen. Als Punkt 2 wurden die Aufgaben der Kinderkommission besprochen, es kam dabei der Wunsch zum Ausdruck, daß nicht nur in den Städten, sondern auch auf dem Lande solche Kommissionen zu gründen seien, und zwar selbst dann, wenn die Kommissionen nur Material sammeln können, durch das die schamlose Kinderausbeutung auf dem Lande beleuchtet wird. Von etlichen Seiten wurde die Ansicht geäußert, daß alljährlich eine Konferenz abgehalten werden müßte. — Über einige weitere Konferenzen soll in der nächsten Nummer Bericht erstattet werden. Luise Zieg.

## Kampf- und Kriegsjahr.

### I.

Mit den Siegesparaden des 12. Januar hebt das politische Jahr 1912 für die Arbeiterklasse an. Als das Jahr des sozialdemokratischen Triumphes, der 4/5 Millionen roter Wähler, der 110 sozialdemokratischen Reichstagsmandate wird es in

der Geschichte dauern. Aber dieser verheißungsvolle Beginn steht in um so schrofferem Gegensatz zu den weiteren Ereignissen. Denn das Jahr des sozialdemokratischen Wahlsieges ist auch das Jahr des Militarismus, der Bedrohung des Koalitionsrechtes, der Klassenjustiz, der Fleischnot und Teuerung, der Kriegsgreuel auf dem Balkan und der Weltkriegsgefahr. Zwei Welten stoßen in der Gegenüberstellung zusammen. Die proletarische und die bürgerliche, Sozialismus und Kapitalismus! Ihr Kampf gegeneinander, das Messen ihrer Kräfte macht den Hauptinhalt des politischen Jahres 1912 aus.

Die Wahlen des Januar zeigten den stolzen Aufstieg der Arbeiterklasse. In 64 Wahlkreisen siegte die Sozialdemokratie im ersten Wahlgang, in 121 stand sie in Stichwahl, in rund 40 gab sie bei der Stichwahl den Ausschlag. In mehr als der Hälfte der Wahlkreise ist die Sozialdemokratie bereits eine Macht geworden, über ein Drittel der Abstimmenden gab den roten Stimmzettel ab. Die veraltete ungerechte Wahlkreiseinteilung, die die Städte und industriellen Bezirke zugunsten des Landes entrechtet, verhinderte allerdings, daß dieser Erfolg in der Mandatszahl voll zum Ausdruck kam. Mit ihren 110 Sitzen blieb die Sozialdemokratie noch um etliche 20 hinter dem ihr gebührenden Anteil am Mandatsbesitz zurück.

Zimmerlin war sie, von einigen unbedeutenden Parteispitterchen abgesehen, die einzige Partei, die überhaupt Mandatszuwachs — und zwar einen erheblichen von 53 auf 110 — buchen konnte. Die Rechte, das Zentrum, sowie auch die beiden Gruppen des Liberalismus hatten nur Verluste zu verzeichnen. Trotzdem jubelten die Liberalen. Einmal, weil ihre Stimmenzahl gewachsen war — bei der Fortschrittlichen Volkspartei um rund 300000, bei den Nationalliberalen um rund 40000 —, dann, weil die Rechte noch größere Mandatsverluste zu beklagen hatte, und endlich, weil der schwarzblaue Block zertrümmert war. Und allerdings, dem Zuwachs an 340000 Stimmen der Liberalen stand ein Verlust der Rechten und des Zentrums von 200000 Stimmen gegenüber. Während die Mandatszahl der Liberalen um 11 zurückging — der Fortschritt verlor 7, der Nationalliberalismus 4 Sitze —, verlor die blau-schwarze Koalition 44 Mandate — die Konservativen 16, die Freikonservativen 11, das Zentrum 10. Und infolge der Eroberungen der Sozialdemokratie hatte sich das Mehrheitsverhältnis im Parlament völlig verschoben. Der schwarzblaue Block, der im verflochtenen Reichstag mit 208 Mandaten die absolute Mehrheit hatte, war auf 162 Reichstagsitze zurückgedrängt und, selbst wenn ihm Polen, Belsen, Eisässer, Bauernbündler und Wilde zu Hilfe kämen, hatte er noch keine sichere Mehrheit.

Die Niederlage der Schwarzblauen bei den Wahlen war demnach deutlich genug, und insofern war auch der Jubel der Liberalen verständlich. Aber unberechtigt war er, wenn er die Mehrheit der Linken feierte. Schon deshalb, weil bei der Parteizersplitterung in Deutschland und dem zweifelhaften Charakter mehrerer der kleinen Parteispitterchen eine sichere linksstehende Mehrheit überhaupt nicht zustande gekommen war — Sozialdemokratie, Fortschritt und Nationalliberale brachten es nur unter Einrechnung unsicherer Nationalisten auf 199 Mandate, was gerade eine Stimme über die Hälfte des Reichstags ausmacht. Vor allem aber, weil die angebliche „Linke“ nur in der Phantasie der Liberalen existierte. Eine zahlenmäßige Mehrheit dieser Phantasielinken — Sozialdemokratie, Fortschritt, Nationalliberale — hätte freilich bei einer gerechten Wahlkreiseinteilung sich ergeben müssen. Denn den 3100000 Stimmen der Schwarzblauen standen nicht weniger als 7400000 sozialdemokratische, fortschrittliche und nationalliberale Stimmen gegenüber, die über 61,3 Prozent sämtlicher abgegebenen Stimmen ausmachten. Daß sich die übergroße Mehrheit der deutschen Wähler gegen die herrschende Politik ausgesprochen hatte, darüber konnte kein Zweifel sein. Aber da die Wahlkreiseinteilung nicht ehrlich ist, so wurde der Wille der Wähler bei der Mandatsverteilung gründlich verfälscht.

Freilich, trotz der ungerechten Wahlkreiseinteilung hätte eine Mehrheit der Linken zusammengebracht werden können, wenn diese Linke mehr als ein trügerischer Traum, wenn



sie Wirklichkeit gewesen wäre. Aber was es mit dem Gerede von der Linken auf sich hatte, das erwies sich sofort bei den Stichwahlen. Die Nationalliberalen haben selbstverständlich nie auch nur einen Augenblick daran gedacht, eine Stichwahlparole für die Sozialdemokratie gegen die Blauschwarzen auszugeben. Im Ruhrrevier verbündeten sie sich sogar mit dem Zentrum gegen die Arbeiterpartei. Nur in den rheinischen Wahlkreisen Köln und Düsseldorf stimmte wenigstens der größere Teil der Nationalliberalen unter jungliberalem Einfluß sozialdemokratisch, denn hier hatte die Zentrumshegemonie in den Gemeinden eine starke antiklerikale Stimmung geschaffen. Die Fortschrittliche Volkspartei machte in der Not der Stunde einen Anlauf zu einer entschlossenen Haltung. Der Knüppel lag beim Hunde. Sie hatte bei den Hauptwahlen kein Mandat gewonnen und hing zum großen Teil von der Hilfe der Sozialdemokratie ab. Diese Partei des Einerseits und Andererseits schwang sich beinahe bis zu einer allgemeinen Parole gegen den schwarzblauen Block auf. Vorher hatte sie sich durch ein Abkommen mit der Sozialdemokratie gedeckt, das fast bis zum Ablauf der Wahlen geheim gehalten wurde. Dieses Abkommen verhieß ihr bedauerlicherweise auch in vielen der von der Sozialdemokratie bestrittenen Wahlkreise Dämpfung der sozialdemokratischen Agitation. Gegen den schwarzblauen Block! so war erklärt worden. Nur daß die fortschrittlichen Wähler den Wechsel ihrer Leitung in sehr vielen Fällen nicht honoriert haben; sie blieben zu Hause oder liefen geradewegs zum Feind über. Dadurch lieferten sie der Reaktion an die 20 Mandate aus, die bei ernsthafter Befolgung der Stichwahlparole der Sozialdemokratie zugefallen wären. Das waren die erhebenden Begleitumstände, unter denen die angebliche Mehrheit der „Linken“ geboren wurde.

Besser hielt sich die Fortschrittliche Volkspartei bei der Präsidentschaftswahl im Reichstag, wo sie unbeirrt durch reaktionäres Geheul geschlossen dafür eintrat, daß der Sozialdemokratie ein Vizepräsident auch ohne Verpflichtung zum Hofgang zuteil werde. Allerdings hat die Besetzung des Präsidentschaftspostens nur ganz geringe politische Bedeutung, und so wurde an den Mut der Fortschrittlichen keine große Anforderung gestellt. Um so eifriger waren dafür die Nationalliberalen darauf bedacht, die Legende von der Mehrheit der Linken zu zerstören. Nach vergeblichen Versuchen, mit der Rechten ein Geschäft auf Gegenseitigkeit zu machen, hatten sie zunächst in einem merkwürdigen Anfall von Courage die Wahl des Genossen Scheidemann zum Vizepräsidenten durchsetzen lassen. Hernach besannen sie sich aber unter dem Einfluß eines von ihrem rechten Flügel und den schwarzblauen Parteien geschürten Entrüstungsummels der nationalliberalen „Massen“, der Honoratioren, auf ihren nationalen Charakter und sorgten bei der endgültigen Präsidentschaftswahl schleunigst für die Entfernung des roten Fleckens auf ihrer Parteitoga. Der Sozialdemokrat wurde nach vierwöchiger Amtsdauer aus dem Präsidium ausgemerzt.

Den Nationalliberalen hat indes ihr pater peccavi nicht viel genützt. Noch heute fauen sie an den Folgen ihres alsbald bereuten und wieder gut gemachten Sündenfalls. Der rechte Flügel der Partei, der längst auf den Anschluß an den schwarzblauen Block hinarbeitete, ließ den willkommenen Vorwand zur Bekämpfung der Jungliberalen und der von Wassermann geführten Mitte nicht mehr los. Ein Vertretertag stellte zwar Wassermann das übliche Vertrauensvotum aus, suchte aber gleichzeitig die Organisation der Jungliberalen zu unterbinden und verstärkte das Reformen feindliche Element im Vorstand der Organisation. Die Beschlüsse dieses Vertretertags schufen außerdem den angeblichen Rechtsboden für die Gründung der altnationalliberalen Sonderorganisation, die seitdem als Partei in der Partei die Zerlegung des Nationalliberalismus und seinen Übertritt ins schwarzblaue Lager mit Hochdruck und Beharrlichkeit betreibt.

Die Fortschrittliche Volkspartei ist von solchem inneren Streit wegen ihres Vaktierens mit der Sozialdemokratie verschont geblieben. Sie hat die Zerstörung der Legende vom liberal-sozialistischen Block von einem anderen Ende angepackt. Auf ihrem Parteitag zu Mannheim vollzog sie eine Rechtschwenkung in der Frage der Lebensmittelpölle. Um der Stimmen der Bauern und der Annäherung an die Nationalliberalen willen wurde der Widerstand gegen die Politik des Zollwuchers und der Grenzsperrern juist in der Zeit der bittersten Lebensmittelteuerung abgeschwächt. Nebenher ging ein feiges Davieren in der Frage des Frauenstimmrechts, und das bauernfängerische Gerede von tapferem Eintreten des Liberalismus für das Arbeiterrecht verdeckte nur schlecht dessen Gelüste nach Anschlägen auf die Arbeiterorganisationen. Kurz, der Liberalismus beider Schattierungen war eifrig bestrebt, das zeitweilig von ihm selbst verbreitete Wort von der Mehrheit der Linken in seiner Lächerlichkeit zu erweisen. H. B.

## Aus Finnland.

I. K. Unter dem Drucke der sich täglich steigenden Reaktion entwickelt sich das Organisationsleben der finnischen Arbeiterin nur langsam weiter. Dazu kamen im letzten Sommer noch zwei große Streiks, die beide die Existenz der Proletarierinnen tief beeinflussen haben, davon abgesehen, daß viele Frauen an diesen Kämpfen unmittelbar beteiligt waren.

Der eine Streit spielte sich in den Papier- und Zellstofffabriken der Aktiengesellschaft Kymmene ab. Hier handelte es sich um die Forderung der achtsündigen Arbeitsschicht statt der jetzt bestehenden zwölfsündigen. Dieser Kampf erfaßte gegen 2000 Personen, unter ihnen zahlreiche Frauen. Er dauerte viele Wochen und mußte schließlich doch erfolglos abgebrochen werden. Der andere bedeutende Streit war der der Bauarbeiter in Helsingfors. Er dauerte ebenfalls viele Wochen, und mehrere tausend Arbeiter waren an ihm beteiligt. Auch hier unterlagen die Arbeiter. Es kam zum Kampf, weil die Arbeitgeber die Arbeitsbedingungen verschlechtern wollten. Beide Ausgänge gingen verloren, weil die Unternehmer mehr als genug Streikbrecher aufreiben konnten, und weil die Streikklassen zu schwach waren.

Die sozialdemokratische Partei betreibt die gewerkschaftliche Organisationsarbeit noch eifriger fast als früher. Der Zusammenschluß der Arbeiterinnen dürfte dadurch nur gewinnen, daß bei ihrer gewerkschaftlichen Organisation vom Januar dieses Jahres an eine sehr wichtige Neuerung eintritt. Es wurde eine ständige Beamtinnenstelle geschaffen und mit diesem Posten Genossin Aina Riiskinen betraut. Sie hat seit sieben Jahren das Amt einer Sekretärin des Verbandes sozialdemokratischer Frauen bekleidet. Genossin Riiskinen besitzt gute theoretische und praktische Kenntnisse auf dem Gebiet des Gewerkschaftswesens, und da sie auf ihrem neuen Posten gerade gewerkschaftliche Organisationsarbeit leisten soll, so kommen ihr diese Kenntnisse sehr zugute. Ich habe bereits früher zu betonen Gelegenheit gehabt, daß in Finnland die politische Betätigung der Arbeiterinnen lebhafter ist als die gewerkschaftliche. Soffentlich wird diese letztere von nun ab auch energischer werden.

Der Verband sozialdemokratischer Frauen setzt seine Arbeit ungeschwächt fort. Mit dem 1. Januar übernahm die Landtagsabgeordnete Genossin Silda Herrala das Amt als Sekretärin der Organisation. Sie hatte bis jetzt einen Parteiposten im Norden des Landes inne.

Während der Herbstmonate fand im Lande eine lebhafteste Protestagitation gegen das bestehende Gemeindegewahlrecht statt, das die Kommunen vollständig den Reichen ausliefert. Dieses Wahlrecht ist an einen Zensus gebunden und schließt daher Frauen und Dienstboten aus, während reiche Herren mehrere Stimmen abgeben



können. Da die proletarischen Frauen kein steuerbares Einkommen haben, steht ihnen natürlich erst recht kein Wahlrecht in der Gemeinde zu. Gegen dieses Unrecht wurden zahlreiche Protestversammlungen abgehalten, und die Arbeiterinnen haben sich an dieser Aktion lebhaft beteiligt. In den Städten wurde in den Protestversammlungen von unseren Genossinnen geschildert, wie schwer die Gemeindeverwaltungen ihre Pflichten gegen die Mütter und Kinder der ärmeren Bevölkerung vernachlässigen. Weder tun sie etwas gegen die Arbeitslosigkeit noch zur Wohnungsfürsorge, ebensowenig haben sie etwas für die armen Kinder übrig. Ihr Ziel ist das Wohl der Reichen.

Auch in Finnland wütet eine unglaubliche Teuerung und macht dem Proletariat die Existenz fast unmöglich. Die Landwirte hielten es im Herbst für gerecht, den Milchpreis von 20 und 22 Penni (10 Penni gleich 8 Pf.) auf 26 Penni zu erhöhen. Diese schamlose Ausbeutung rief allgemeine Entrüstung hervor, und in einigen Städten zogen die Konsumenten mittels des Milchboykottes gegen sie zu Felde. Man beschloß, Milch nur dort zu kaufen, wo sie zu dem Preise zu haben war, den der gewählte Ausschuß festgesetzt hatte. Dieser Boykott, verbunden mit Demonstrationen, bewirkte, daß der Milchpreis vorläufig auf 22 und 24 Penni stehen geblieben ist. — Der kriegerische „Geist“ der Großmächte und der Balkankrieg konnten auch Finnland nicht gleichgültig lassen. Das finnische Proletariat — Männer und Frauen — hat ebenfalls das Seinige zur Niederringung der Kriegsgefahr beigetragen durch Massenprotestversammlungen und Aufklärung über den Militarismus.

Gegenwärtig steht das finnische Proletariat im Kampfe gegen die weitere Vertenerung des Lebensunterhaltes durch neue Zölle, die die russischen Gewalthaber auf Getreide und Mehl legen wollen. Diese Zölle würden der arbeitenden Bevölkerung jährlich mehrere Zehnmillionen entziehen. Im ganzen Lande finden dagegen leidenschaftliche Protestversammlungen statt. Wir Frauen würden ja in erster Linie unter den erhöhten Preisen des Lebensbedarfes zu leiden haben, daher ist es selbstverständlich, daß die Proletarierinnen bei dieser Aktion nicht fehlen.

In ihrer Aufklärungsarbeit fahren die Genossinnen natürlich fort und betreiben sie durch das gesprochene Wort wie auch durch eine entsprechende Literatur. Zu Weihnachten gab unser Arbeiterinnenorgan eine besondere Weihnachtsnummer heraus, desgleichen auch eine besondere Nummer für die Kinder — beide illustriert. Um die Mütter über die Pflege und Ernährung kleiner Kinder zu belehren, hat der Verband sozialdemokratischer Frauen mehrere Flugblätter herausgegeben. Zu dem erstrebten Zweck wurden ihm vom Landtag 2000 finnische Mark bewilligt. Der Verband hat sie verwendet, um zur Frage vorläufig vier gute Broschüren zu veröffentlichen. Trotz der schwierigen Situation haben die finnischen Genossinnen nach den verschiedensten Richtungen hin eine rührige Tätigkeit entfaltet. An einer solchen werden wir es auch im neuen Jahre nicht fehlen lassen.

Selsingfors, Dezember 1912.

Silja Pärssinen, Abgeordnete des finnischen Landtags.

Die Unterzeichnete ersucht die Redaktionen aller sozialdemokratischen Frauenorgane in anderen Ländern, ihre Zeitungen und Druckfachen mit uns freundlichst auszutauschen und an die untenstehende Adresse einzusenden. Das Organ der finnischen Genossinnen „Työläisnainen“ wie auch unsere Flugblätter werden wir ihnen daraufhin zugehen lassen.

Silja Pärssinen,

Selsingfors, Finnland.  
Räivurinkatu 11.

## Der Riß in der Welt des Katholizismus.

Der Katholizismus macht in Deutschland eine Krise durch. Wer ohne Voreingenommenheit die Verhältnisse würdigt, kann die Tatsache nicht verkennen. Und in dieser Krise zeigen sich die Ansätze zu einer Erschütterung des Papsttums. Hand in Hand damit bahnt sich eine Schwächung der Herrschaft des katholischen Alerus über die Millionenschar der katholischen Proletarier an. Daß sich bedeutsame Vorgänge abspielen, beweist auch die fast beispiellose Klage des Papstes über Unbotmäßigkeit der Gläubigen. Nach einem Bericht der „Germania“ gab der Heilige Vater seinem tiefen Schmerz gegenüber Abgeordneten des internationalen Kirchenvereins „Unica apostolica“ folgenden Ausdruck: Wir sind heutigentags in der harten, unglücklichen Lage, den Priestern sagen zu müssen: Liebet den Papst! . . . Wer liebt, gehorcht, „si quis diligit me, sermonem meum servabit.“ Wenn man den Papst liebt, dann streitet man nicht über das, was er anordnet oder fordert, oder darüber, wie weit der Gehorsam zu gehen hat und in welchen Dingen man gehorchen muß; wenn man den Papst liebt, dann sagt man nicht, daß er nicht klar genug gesprochen habe. . . . Man zieht seine Anordnungen nicht in Zweifel, indem derjenige, der nicht gehorchen will, den billigen Vorwand macht, daß es nicht der Papst sei, der befehle, sondern diejenigen, die in seiner Umgebung seien. Man beschneidet nicht das Gebiet, auf dem er seine Autorität ausüben kann und muß; man zieht der Autorität des Papstes nicht die Autorität anderer, auch noch so gelehrter Personen vor, die mit dem Papst nicht übereinstimmen und die, wenn sie auch Gelehrte sind, doch nicht heilig sind, weil derjenige, der heilig ist, mit dem Papste nicht verschiedener Meinung sein kann. . . .

Wer die Traditionen der katholischen Kirche kennt, muß in der öffentlichen Klage des Papstes über die Mißachtung der göttlichen Autorität des Stellvertreters Christi ein Ereignis von großer Bedeutung erblicken. Es handelt sich dabei nicht um eine Irrlehre, um die Opposition einiger weniger Geistlicher; der Papst gibt seiner Empörung über eine ziffernmäßig starke soziale Bewegung Ausdruck, von der er eine Gefährdung der Glaubensreinheit und der Autorität der katholischen Kirche befürchtet. Und solche Befürchtung ist berechtigt. Der Papst zielt mit seiner Klage auf die christliche Gewerkschaftsbewegung. Ganz unverkennbar hat er seine Abneigung gegen die interkonfessionellen christlichen Organisationen bekundet. Kein Neutraler, aber auch kein Katholik kann darüber im Zweifel sein, daß der Papst die christlichen Gewerkschaften verurteilt und sie am liebsten verbieten möchte. Er tut es nicht, weil er unliebsamen Widerstand gegen das Verbot zu befürchten hat.

Diese Tatsache allein müßte die katholischen Arbeiter zwingen, in wilder Flucht die christlichen Gewerkschaften zu verlassen, wenn nicht schon eine Umwertung des alten Verhältnisses zwischen Gläubigen und päpstlicher Autorität begonnen hätte. Sie wurzelt in dem Boden sozialer Interessen, sie kann daher auch nur bei sozialen Fragen in die Erscheinung treten. Wenn Fragen rein dogmatischer oder anderer Natur ohne sozialen Hintergrund aufgeworfen werden, so darf die katholische Kirche natürlich auch jetzt noch auf die unbedingte Gefolgschaft aller Gläubigen rechnen. Weil jedoch der Streitpunkt sozialen Ursachen entsprungen ist, mußte er einen Teil der Gläubigen in bewußte Opposition zu den Wünschen des Papstes bringen und ihn dauernd ungehorsam sein lassen. Darin liegt die Bedeutung des Geschehens. Wenn gesagt wird, der ganze Gewerkschaftsstreit, die Opposition der M.-Gladbacher gegen Roms Anordnungen sei Komödie, so schießt man damit ziemlich weit über das Ziel hinaus. Vielleicht haben gerade solche Urteile den Papst bewogen, sich weniger scharf zu äußern, als er es für notwendig hielt. Daß die christlichen Gewerkschaftsführer einzelnen Geboten des Papstes nicht widersprechen, daß sie versuchen, die Organisationen in dem von ihm gewünschten Geiste zu beeinflussen, ist unbestritten richtig, das ändert aber gar nichts an dem tatsächlichen Zustand.



Das Wesentliche ist der sachliche Gegensatz zwischen den christlichen Gewerkschaften und dem Papste, ein Gegensatz, der durch keine Verbeugung vor Rom aufgehoben werden kann. Trotz der Versuche, den Konflikt zu verschleiern, klingt doch aus allen Erörterungen im Lager der christlichen Gewerkschafter die Erklärung: Der Papst wünscht unseren Untergang, er hält uns für gefährlich, wir aber bleiben, was wir waren: eine interkonfessionelle Organisation. In offenem Widerspruch zu einem Gebot des Papstes wurde bekundet, daß die christlichen Gewerkschaften sich ihr Agitationsfeld nicht einengen lassen würden. Das ist doch zweifelsohne eine ungewöhnliche Demonstration gegen den Papst. Ihr Sinn wurde auf dem letzten außerordentlichen christlichen Gewerkschaftskongress in Essen noch schärfer hervorgehoben. In auffälliger Weise erklärte hier der Generalsekretär Stegerwald, die Situation habe sich zugunsten der christlichen Gewerkschaften verschoben, er könne mitteilen, daß die Regierung mit der Enzyklika des Papstes nicht einverstanden sei. Was besagt das anders, als daß man die Autorität der Regierung gegen die des Papstes ausspielt! Eine verletzendere Art der Opposition gegen das Oberhaupt der katholischen Kirche ist kaum denkbar. Und die Gläubigen nahmen Stegerwalds Erklärung freudig hin und klatschen ihr jubelnd Beifall. Da kann man den Schmerz des Papstes verstehen! Die Frevel würden gesteinigt werden, die in dogmatischen Fragen eine ähnliche Opposition und Gehorsamsverweigerung gegen den Stathalter Gottes auf Erden wagen wollten. Wie erklärt man sich die bewußte Opposition vieler katholischer Arbeiter gegen die sonst unbedingt anerkannte Autorität des Papstes? Man muß sich durch einen ganzen Knäuel von Interessengegenständen und ihren Folgen hindurchfinden, will man zu einer Erklärung für die Erscheinungen kommen. Letzten Endes ist auch bei den katholischen Arbeitern das Klassenbewußtsein der Beweggrund ihres Tuns. Aber bei seiner Geltendmachung ist ihnen der gerade Weg so sehr mit dem Dornengestrüpp ideologischer Auffassungen und Vorurteile verbaut, daß sie sich in das Schlepptau anderer Interessen nehmen lassen und daher erst später auf einem Umweg zur richtigen Straße gelangen. Es liegt in der zwiespältigen Natur des Kapitalismus begründet, daß der Papst mit ihm den Frieden suchen, ihm Konzessionen machen muß, und daß dabei langsam aber sicher seine Macht ins Wanken gerät.

Das Papsttum könnte seine absolute Herrschaft nur behaupten, wenn es den Kapitalismus konsequent bekämpfte, wenn es die Kirche zum Träger der wirtschaftlichen und staatlichen Macht erheben könnte. Das hat ganz richtig ein katholischer Schriftsteller, Kaplan Hohoff, erkannt. In seinem Buche: „Die Bedeutung der Marxschen Kapitalkritik“ läßt er den Sozialismus in wirtschaftlicher Hinsicht als Grundlage der Gesellschaftsordnung gelten. Er empfiehlt, die Kirche solle getreu ihren alten Zinsverböten aus naturrechtlichen und moralischen Gründen — natürlich unter Abweisung des historischen Materialismus — den Sozialismus zu ihrem wirtschaftlichen Programm erklären. Offenbar will Hohoff die Proletarier als Schöpfer des gesellschaftlichen Reichtums von der Herrschaft des Kapitals und damit von der anderer, weltlicher Gewalten befreien; die Kirche als Predigerin eines naturrechtlich-ethischen Sozialismus soll ihre Befreierin und damit die unbedingte Herrscherin über die Geister werden. Das sind natürlich Utopien; sie zeigen aber, daß Hohoff die Gefahr erkennt, die dem Papsttum aus dem Kapitalismus erwächst.

Auch hierbei kommen gegenläufige Wirkungen des Kapitalismus in Betracht. Er macht die Arbeiter rebellisch, indem er ihr Existenzminimum herabzudrücken versucht. Die Kirche kann die Arbeiter nicht vollständig im Stiche lassen und gerät nun in einen Zwiespalt. Hält sie es mit den Arbeitern, erregt sie den Zorn des Kapitals; vertritt sie dessen Interessen allzu offensichtlich, so stößt sie die Proletarier von sich ab. An der Wurzel liegt der Interessengegensatz, den der Kapitalismus auch zwischen den Gläubigen der

katholischen Kirche immer gewaltiger heranwachsen läßt, indem er den Gegensatz zwischen den Besitzenden und den Nichtbesitzenden, der ausbeutenden und ausgebeuteten Klasse verschärft. Wie überall, so ist das Klassenbewußtsein der Besitzenden auch im katholischen Lager klarer entwickelt als wie bei den Proletariern, die in Abhängigkeit erzogen sind. Bei diesen spielt daher naturgemäß die Religion eine größere Rolle als bei ihren Ausbeutern. Für sie hat die kirchliche Verheißung das besondere Gewicht, daß das Jenseits einen Ersatz für die auf Erden erlittenen Entbehrungen und Schmerzen gewähre. Solange die Arbeiter kein Entrinnen aus dem Zammertal ihrer Klassenlage für möglich halten, ist all ihr Hoffen und Sehnen mit dem Vergeltungsglauben fest verbunden. Anders bei den Ausbeutenden! Der Besitz stärkt ihren Klasseninstinkt. Schnell lernen sie die Religiosität der Ausbeuteten als einen Anker bewerten, der die kapitalistische Klassenherrschaft hält. Der ideologisch verdunkelte und verwirrte Sinn der Arbeiter merkt nicht, daß die Religion von den Glaubensbrüdern mißbraucht wird, um die proletarischen Klasseninteressen zu schädigen, wie das in dem Konflikt mit dem Papst in der Gewerkschaftsfrage ebenfalls geschieht.

Zweifellos erkennt auch die Kölner Richtung — die die oppositionelle Bewegung gegen die absolute Autorität des Papstes führt —, daß der Interkonfessionalismus unverträglich sei mit dem Dogma der katholischen, der alleinseligmachenden Kirche, und daß der Geist des Interkonfessionalismus die Glaubensstarre der Katholiken allmählich lockere, die Autorität des Papsttums vielleicht nur langsam, aber doch unaufhaltsam untergrabe. Trotz solcher Erkenntnis fördert man in der Opposition gegen den Papst den Interkonfessionalismus auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens, weil das Klasseninteresse der Besitzenden also gebietet. Auf wirtschaftlich-politischem Felde kämpfen die besitzenden Katholiken Arm in Arm mit den Glaubenshütern der evangelischen Kirche gegen das Lebensinteresse der Proletarier aller Konfessionen, aller religiösen Überzeugungen. Es ist das Klasseninteresse der Besitzenden, das die Kölner Richtung den Wünschen des Papstes zuwider für die interkonfessionellen christlichen Gewerkschaften eintreten läßt. Ein Verbot der christlichen Gewerkschaften würde zweifellos einen Teil ihrer Mitglieder sofort den freien Verbänden zuführen, einen weiteren Teil später folgen lassen. Bei diesen Arbeitern hat der Organisationsgedanke schon zu tief Wurzeln geschlagen, als daß sie ohne seine Betätigung auskommen könnten. Konfessionelle Gewerkschaften üben aber erfahrungsgemäß viel zu wenig Anziehungskraft aus, als daß sie einen Ersatz für die zertrümmerten christlichen Gewerkschaften zu bieten vermöchten. Aus solchen Gründen hat man Angst vor einer Aktion gegen die christlichen Gewerkschaften. Außerdem haben sich die christlichen Gewerkschaften unter dem Einfluß des Zentrums und des katholischen Klerus als so vorzügliche Werkzeuge zum Schutze kapitalistischer Interessen erwiesen, daß die Herrschenden glauben, auf sie nicht mehr verzichten zu können.

Jedenfalls ist man sich in jenem Lager ganz klar darüber, daß eine Stärkung der freien Gewerkschaften durch das Verbot der christlichen Organisationen eine Förderung der Arbeiterinteressen bedeuten würde, deren Kosten die Herren Kapitalisten ohne Unterschied der Konfession tragen müßten. Daher wehrt man sich mit Nägel und Zähnen gegen die Auflösung der interkonfessionellen Gewerkschaften. Und für die gläubigen Arbeiter in ihnen ist es eine Gewissensberuhigung, daß sie das katholische Zentrum und einen großen Teil der Geistlichkeit auf ihrer Seite sehen, also gegen den Papst. Das gibt ihnen den Mut, im Ungehorsam zu verharren, die Wünsche des Heiligen Vaters zu mißachten, ja sogar der öffentlichen Demonstration gegen ihn Beifall zu zollen. Für die katholischen Arbeiter ist die Hauptsache die Erhaltung ihrer Organisation. Wenn das auch mehr instinktiv als aus bewußtgewordenem Klasseninteresse geschieht, und wenn die Arbeiter sich dabei als Handlanger kapitalistischer Interessen miß-



brauchen lassen, so ist an der Tatsache selbst doch nichts geändert.

Diese Tatsache bedeutet den Anfang eines Zerfallsprozesses unter den Befennern der katholischen Kirche. Langsam zwar, aber mit unfehlbarer Sicherheit werden dadurch die Arbeiter aus den Banden der Geistesknechtschaft befreit, sinkt das älteste und festeste Bollwerk der Reaktion in den Staub. Die Erhaltung der christlichen Gewerkschaften ist für die herrschende Gesellschaft nur ein zeitweiliger und obendrein nur ein sehr bedingter Gewinn. Er steht in gar keinem Verhältnis zu den ungeheuren Vorteilen, die der proletarischen Bewegung aus der Zerfällung im Katholizismus, aus der Schwächung der päpstlichen Autorität erwachsen. Wir können mit dem Papste und den Machern der christlichen Gewerkschaften sehr zufrieden sein. W. D.

## Aus der Bewegung.

Von der Beteiligung der Genossinnen am vierten Parteitag der preussischen Sozialdemokratie zu Berlin ist recht Gutes zu berichten. 13 weibliche Delegierte waren von ihren Wahlkreisorganisationen zu der Tagung entsendet worden, auf deren große Wichtigkeit wir in letzter Nummer hingewiesen haben. Die Parteigenossen von Groß-Berlin hatten vier Genossinnen mit einem Mandat betraut, aus Breslau waren ihrer zwei delegiert worden, aus Dortmund, Halle a. S., Hannover, Kiel-Gaarden, Magdeburg, Stettin und Wandsbek je eine. Genossin Zieg nahm als Mitglied des Parteivorstandes an den Verhandlungen des Kongresses teil; als Schriftführerin des Bureaus wurde Genossin Wurm gewählt. Von der Erledigung der Tätigkeitsberichte der Landeskommission und der Landtagsfraktion abgesehen — Berichterstatter waren die Genossen Ernst und Ströbel — behandelte der Parteitag zwei Fragen von großer Tragweite: „Die Landarbeiterfrage in Preußen“, über die Genosse Georg Schmidt referierte, und „Die bevorstehenden Landtagswahlen und der Wahlrechtskampf“, wozu Genosse Hirsch das einleitende Referat gab. Genossin Zieg griff mit sachkundigen, eindringlichen Ausführungen in die Diskussion über die Landarbeiterfrage ein. Unter lebhaftem Beifall lenkte sie die Aufmerksamkeit auf den Mangel des Arbeiterinnen- und Kinderschutzes in der Landwirtschaft. Durch interessantes Zahlenmaterial erhärtete sie die Tatsache, daß der fehlende Arbeiterinnenschutz, die ungenügende Mutter- und Säuglingsfürsorge zu einem unheimlich hohen Stande der Kindersterblichkeit auf dem Lande beitragen. Die Sünden der Kindererausbeutung in der Landwirtschaft beleuchtete sie an ihren Früchten: der körperlichen, geistigen und sittlichen Schädigung der Jugend. Genossin Wurm sprach zu den Verhandlungen über die Landtagswahlen und den Wahlrechtskampf. In einer trefflichen Rede hob sie unter allgemeiner freudiger Zustimmung des Parteitages hervor, daß der bevorstehende Wahlkampf und Wahlrechtskampf der preussischen Genossen auch im Hinblick auf die Eroberung des Frauenwahlrechts geführt werde. Grundsätzlich scharf und fest zeichnete sie den Gegensatz, der in dieser Beziehung die Genossinnen von den bürgerlichen Frauenrechtlerinnen, die Sozialdemokratie von den Fortschrittlerinnen scheidet. Er kommt darin zum Ausdruck, daß von diesen angeblich demokratischen Sturmgelassen als Bedingung für die Gegenseitigkeit der Unterstützung nicht das Eintreten für die Übertragung des Reichstagswahlrechts für beide Geschlechter auf Preußen gefordert werden kann. Das würde den Herren vom Freisinn die Ausrede zum Streifen liefern. Um so nachdrücklicher wird die Sozialdemokratie selbst für das Frauenwahlrecht kämpfen. Das muß land- und landab in allen Veranstaltungen der Kampagne, das muß besonders in politischen Frauenversammlungen zum Ausdruck kommen. Genossin Wurm wies in diesem Zusammenhang außerordentlich wirksam auf die Notwendigkeit hin, dafür zu sorgen, daß der bevorstehende Frauentag sich zu einer erfolgreichen Demonstration im Wahl- und Wahlrechtskampf gestalte. Ihre Mahnung wird im Lande das gleiche kräftige Echo finden, das es auf dem Parteitag erweckt hat.

Von der Agitation. Der 13. sächsische Reichstagswahlkreis veranstaltete noch im letzten Jahre eine Agitationstour, die besonders der Aufklärung der Proletarierinnen dienen sollte. Die Unterzeichnete sprach über das Thema: „Der Hausfrauen und Mütter Kampf gegen den Hunger.“ Versammlungen fanden in folgenden Orten statt: Schönau, Wiedersich, Detsch, Rötze, Sommerfeld, Thekla, Thonberg, Raunhof, Lindenthal, Knautleeberg, Deucha,

Liebertwolkwitz, Zwenkau und Möllau. Alle Versammlungen waren gut besucht und die zahlreiche Beteiligung der Frauen war besonders erfreulich. Kein Wunder: der ungeheuerliche Lebensmittelwucher der organisierten Kapitalisten, verschärft durch das infame System der Zölle, indirekten Steuern, Einfuhrschneine und Grenzsperrern hat viele Frauen politisch geweckt, die bis dahin mit ihren Gedanken nicht über ihre vier Pfähle hinausgingen. Zum ersten Male waren manche der anwesenden Proletarierinnen in eine Versammlung gekommen. Die dreiste Ermahnung des preussischen Landwirtschaftsministers, die Frauen der Arbeiterklasse sollten nicht immer Fleisch kochen wollen, entfesselte einen Sturm der Entrüstung. Es war eine Lust zu agitieren, denn es herrschte eine frohe begeisterte Kampfstimmung, die zeigte, daß das geprellte Volk Abrechnung halten will. Die Frauen verstehen ihre Pflicht, dabei zu sein. Sie sind bereit, vereint mit den Männern auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet zu kämpfen. Als Mütter sind sie sich der hohen, für den Sozialismus unendlich wichtigen Aufgabe bewußt, die kommende Generation im sozialistischen Sinne zu erziehen, Neutoten des Klassenkampfes zu stellen. Die Versammlungen brachten der Partei 185 weibliche Mitglieder, die die „Gleichheit“ gratis erhalten, die damit in dem Wahlkreis offiziell eingeführt worden ist. Besondere Anerkennung verdienen unsere tätigen Leipziger Genossinnen. Sie haben in den Versammlungen fleißig agitiert und wirksam in der Diskussion gesprochen. Eine wichtige Aufgabe der Organisation ist es nun, das geweckte Interesse der Frauen am politischen Kampfe lebendig zu erhalten und die neu gewonnenen weiblichen Mitglieder zu bewußten Kämpferinnen für unsere Sache zu erziehen.

Martha Demming.

In Wirges im Westerwald fand eine Fabrikarbeiterversammlung statt, in der Genossin Efinger Mainz referierte. In schlichten, zum Herzen gehenden Worten sprach sie über die Teuerung und den Zweck der Gewerkschaftsorganisation. Sie hob dabei besonders hervor, wie schwer die Frauen unter den hohen Preisen des Lebensbedarfs zu leiden haben, und daß sie daher auch an der Frage interessiert sind, wie die Arbeiterschaft zu höheren Löhnen kommt. Vortrefflich war ihr Nachweis, daß die Unternehmer Lohnerhöhungen den Ausgebeuteten nicht auf dem Präsentierteller entgegenbringen, daß alle Verbesserungen der Arbeitsbedingungen durch eine starke Organisation erkämpft werden müssen. An der Diskussion nach dem Vortrag beteiligten sich die Genossen Berger, Drogmann und Genossin Hubert. Ihre Ausführungen galten dem Werte der Organisation. Hoffentlich geht der ausgestreute Samen auf. In Wirges und Umgegend muß noch ein großes Stück Arbeit geleistet werden, damit der Gedanke der Organisation sich bei alt und jung durchsetzt. Insbesondere möchten wir die Eltern an ihre Pflicht erinnern, ihre dem Kapital feindlichen Söhne und Töchter der Organisation zuzuführen. Auch die Frauen müßten noch mehr Interesse für die gewerkschaftliche wie für die politische Bewegung der Arbeiterklasse betätigen. Es gibt noch so viele unter ihnen, die schein auf jeden Nadel sehen, der dafür gefordert wird, für andere Zwecke jedoch lassen sie die Groschen gern fliegen. Das muß anders werden. Unablässige Aufklärungsarbeit muß dafür sorgen, daß auch bei uns der Wert des Zusammenschlusses und des gemeinsamen Kampfes von den Proletarierinnen erkannt wird, die uns heute leider noch fernstehen. Sie müssen lernen, nicht nur an ihre eigene Zukunft zu denken, sondern auch an die ihrer Kinder. Sollen nicht diese einst ein besseres Dasein haben als ihre Eltern? Es bleibt dabei, daß die gewerkschaftliche und politische Organisation die große Sparrasse ist, die der Arbeiterklasse alle Opfer reichlich verzinst. Denn ohne Organisation keine Erleichterung unserer Lasten in der Gegenwart, keine Freiheit in der Zukunft.

Rosa Hubert.

Jahresbericht der Genossinnen in Weinböhla. Wenn ich an dieser Stelle über die Frauenbewegung in unserem kleinen Provinzort berichte, der in der Nähe Dresdens gelegen ist, so geschieht es in der Freude darüber, daß endlich auch die hiesigen werktätigen Frauen zum Bewußtsein gekommen sind, daß sie sich organisieren müssen, wenn sie ernstlich ihre volle Gleichberechtigung wollen. Noch 1911 zählte der sozialdemokratische Ortsverein 204 Mitglieder, darunter ganze 5 weibliche. Durch eine öffentliche Frauenversammlung, in der Genossin Kaschewski-Berlin sprach, gewannen wir allein 36 Frauen. Jetzt befinden sich unter 320 Mitgliedern des Ortsvereins 56 weibliche. Im November war es ein Jahr, daß wir Frauenlese- und Diskutierabende eingerichtet haben. Es ist alles getan worden, die neugewonnenen Genossinnen an unsere Partei zu fesseln und sie zu schulen. Es fanden 12 Zusammenkünfte der Genossinnen statt, die durchschnittlich 18 Besucherinnen aufwiesen. Vorträge wurden gehalten über: das Parteiprogramm; die politische Lage; Kinderschutz und Schulreform; das Genossenschaftswesen; die Bedeutung



des Frauentages; Alkohol und Kind; Liebes- und Geschlechtsleben in der Proletariatschicht; Wissen, Glaube und Aberglaube; die Notwendigkeit der Gleichheit. Weiter kamen des öfteren Artikel aus der „Gleichheit“ zur Verlesung, wie auch ernste und heitere Erzeugnisse bekannter Schriftsteller, so zum Beispiel von Rosegger, Grimm, Mielland und anderen. So füllten wir unsere Zusammenkünfte aus, darauf bedacht, für Verstand und Gemüt zu sorgen. Zwei Genossinnen sind Mitglieder der Weiskener Kinderschulkommission, die Vorsitzende der Frauenabende hat im Vorstand des sozialdemokratischen Vereins Sitz und Stimme. Allen weiblichen Mitgliedern wird gegenwöchentlich 5 Pf. Beitrag die „Gleichheit“ frei ins Haus geliefert. Um auch die schriftliche Schulung der Genossinnen zu fördern, wählten wir eine erste und zweite Schriftführerin zur Führung der Sitzungsprotokolle. So können wir jederzeit schriftlich unser Bemühen nachweisen, praktische Parteiarbeit zu leisten. Erwähnen muß ich noch, daß die Genossinnen zur Zeit der Ferien auch Kinderwanderungen veranstaltet haben. Mit den organisierten proletarischen Frauen der Umgebung verknüpfen uns feste freundschaftliche Beziehungen, und die Zusammenkünfte mit ihnen haben uns manche frohe Stunde gebracht und das Grau des täglichen Einerlei auf Stunden vergessen lassen. Wir sind bestrebt, an der Seite unserer Männer die gegenwärtigen Zustände zu bessern, wir arbeiten und kämpfen mit ihnen auf politischem, gewerkschaftlichem und genossenschaftlichem Gebiete. Wir sind mit ihnen, um dem Proletariat eine freie Zukunft zu erobern. Auch wir Frauen Weindöhlens wollen unseren bescheidenen Anteil haben an der Beseitigung des Kapitalismus, an dem Siege des Sozialismus. M. Sch.

### Politische Rundschau.

Die Gefahr des Weltkrieges schien fürs erste abgewendet, nachdem der serbisch-österreichische Konflikt durch Serbiens Verzicht auf die Adriaküste seine Schärfe verloren hatte. Vornehmlich England hatte den Mut Rußlands und Serbiens gedämpft, da bei der jetzigen Lage der Dreieinig nicht zu sprengen und der britischen Bourgeoisie daher der Krieg ein zu gefährliches Wagnis war. Aber kaum ist ein Streitpunkt erledigt, so tauchen neue auf, und gegenwärtig ist die Lage wieder düsterer geworden. Die Abwicklung der Balkankrise schafft immer neuen Konfliktstoff, an dem sich der europäische Krieg entzünden kann. Die Friedensverhandlungen in London sind auf dem toten Punkte angelangt. Die Verbündeten haben zwar die Drohung mit der Wiedereröffnung des Krieges, die sie in einem Ultimatum ausgesprochen hatten, noch nicht wahrzumachen gewagt. Sie haben die Verhandlungen nicht abgebrochen, sondern nur unterbrochen, als die Türken sich entschieden weigerten, auf die Forderung der Abtretung Adrianopels und der Agäischen Inseln einzugehen. Die Möglichkeit zur Wiederaufnahme der Verhandlungen besteht, aber die Türkei tut unverföhnlich. Sie droht mit der Abberufung ihrer Delegierten aus London, wenn die Verbündeten nicht darin willigen, daß Adrianopel, die heilige Stadt, türkisch bleibt.

Wenn die Osmanen dabei gehofft haben, die Verbündeten einzuschüchtern und sie durch das Hinausziehen der Entscheidung müde zu machen, so haben sie sich darin ebenso getäuscht wie in einer etwaigen Hoffnung auf das Eingreifen der Großmächte zu ihren Gunsten. Zwar haben die Großmächte vor dem Beginn des Krieges den verbündeten Balkanstaaten erklärt, eine Gebietsverschiebung auf der Balkanhalbinsel werde, einerlei wie der Kampf ausgehen möge, auch bei den entscheidendsten Siegen einer Seite nicht geduldet werden. Nachdem diese Willenskundgebung der Vormünder Europas, auf die sich die Türken allzusehr verlassen hatten, unter dem Gelächter der Welt als wertloses Fetzen Papier auf den Müllhaufen der Geschichte geflogen ist, hatten die Großmächte jetzt anscheinend die moralische Verpflichtung und begründeten Anlaß, wenigstens dafür zu sorgen, daß die Türkei nicht zu sehr geschröpft werde. Und so war auch die Meinung der Türken. Aber sie haben sich wie so manche vor ihnen bitter getäuscht, wenn sie an die „hohe Politik“ irgendwelche Maßstäbe der Moral legten. Hier gebietet nur das nackte Interesse, und das reißfertig jede Treulosigkeit und schiebt jegliche Rücksicht auf frühere Verpflichtungen brutal beiseite: die Mächte können sich im Widerstreit der Interessen über einen Druck auf die verbündeten Balkanstaaten nicht einigen, und so einigten sie sich, wenn auch nicht ohne Schwierigkeiten, auf ein Vorgehen gegen die Türkei. Durch einen gemeinsamen Schritt in Konstantinopel wollen sie die Türken zwingen, nachzugeben und Adrianopel abzutreten. Aber das Schicksal der strittigen Inseln kommen sie wohl schwerer zu einem einigen Entschluß. Die deutsche Regierung, die vor wenigen Monaten noch die Freundschaft mit der Türkei als den Triumph kluger Staats-

kunst pries, läßt der Pforte jetzt durch offiziöse Noten der „Rölnischen Zeitung“ sagen, sie könne ihr nur den freundschaftlichen Rat zur Nachgiebigkeit geben. Im anderen Falle werde auch das asiatische Gebiet des Osmanischen Reiches in die Gefahr kommen, zerstückelt zu werden. Und in der „Kreuzzeitung“ wird den Türken noch deutlicher erklärt: Der Besiegte muß die Beche zahlen!

Trotz dieser Pression blieb die Türkei fest und tat, als ob sie dem Wiederbeginn des Krieges mit voller Zuversicht entgegen sehe. Zwischen hatte sich ihr die Möglichkeit eröffnet, in Rumänien einen Bundesgenossen zu gewinnen. Dadurch würde Bulgarien zwischen zwei Feuer kommen. Rumänien fordert nämlich jetzt eine Entschädigung dafür, daß es während des Krieges neutral geblieben ist und Bulgarien nicht überfallen hat, als dieses mit der Türkei im Felde lag. Rumänien verlangt die Abtretung bulgarischen Gebiets. Bulgarien sträubt sich, die Verhandlungen stocken zeitweilig. Käme es aber zum Kriege zwischen Bulgarien und Rumänien, so eröffnete sich nicht nur eine neue Chance für die Türkei, sondern auch das Gespenst des großen europäischen Krieges gewänne dann neue Gestalt. Denn ein Vordringen Rumäniens auf Kosten Bulgariens bedeutete eine Verstärkung des österreichischen Einflusses auf dem Balkan. Daher würde Rußland Bulgarien zu Hilfe eilen, was wiederum Österreich zum Eingreifen „zwingen“ würde, und daraus würde sich der Krieg zwischen Dreieinig und Dreieinig entwickeln. Zugleich mit diesen drohenden Aussichten wurde bekannt, daß der österreichisch-serbische Konflikt von einer Beilegung noch weit entfernt ist. Die österreichische Presse gibt den Serben zu erkennen, daß sie mit der Aufgabe der adriatischen Küste Österreich noch lange nicht zufriedengestellt haben. Dazu gehöre vielmehr auch die Überlassung weiter Gebiete des Binnenlandes, die jetzt von den Serben besetzt sind, an das künftige „unabhängige“ Albanien. Serbien wehrt sich gegen diese Zumutung, und so steht die Sache hier wieder einmal auf dem alten Fleck. Der Friede Europas bleibt nach wie vor zerbrechlich wie ein rotes Ei.

Das Deutsche Reich hat inzwischen einen neuen Leiter seiner auswärtigen Politik bekommen, da der Staatssekretär v. Kiderlen-Wächter, der das deutsche Staatsgeschick durch die Wirren der Marokkoaffäre gesteuert hat, einer Herzlähmung erlag. Zu seinem Nachfolger ist ein waschechter ostelbischer Junker, einer aus dem weitverzweigten Geschlecht derer v. Jagow, bestellt worden. Der neue Staatssekretär war zuletzt Volschaffer in Rom, nachdem er vorher als Gesandter in Luxemburg gestanden war. Der Sprung von diesem kleinen, unwichtigen Posten auf den sehr wichtigen zu Rom war außergewöhnlich, man machte für diese gewaltige Beschleunigung der Karriere den Umstand verantwortlich, daß Herr v. Jagow als Bonner Vorurtheil der Korpsbrüder des Kaisers ist. Sonst ist von seinen Fähigkeiten nichts bekannt. Als Volschaffer in Rom soll er seinerzeit von dem bevorstehenden Kriege zwischen Italien und der Türkei bis zur letzten Stunde nichts gewußt haben. In der deutschen bürgerlichen Presse wurde hie und da leise darüber geklagt, daß das deutsche Bürgertum in die wichtigsten Posten Männer berufen sehen muß, über die es nichts weiß, als daß sie korrekte Bureaukraten sind, deren Richtung und Fähigkeiten ihm unbekannt sind. In England und Frankreich treten Politiker, Abgeordnete in solche Ämter; ihre Verganngenheit, ihre Leistungen sind der Öffentlichkeit bekannt, ihre Persönlichkeiten bilden schon ein Programm. Die deutsche Bourgeoisie trägt an dieser Rückständigkeit Deutschlands selbst Schuld. Da sie aus Angst vor der Arbeiterklasse mit der Junkerherrschaft nicht aufzuräumen wagte und wagt, so muß sie dulden, daß ihre Politik von Junkern mehr oder minder schlecht besorgt wird. Dem obersten verantwortlichen Leiter der deutschen Politik, dem Reichskanzler, wird aber allgemein nachgesagt, daß er in den Dingen der äußeren Politik gänzlich unbeschlagen sei. Die Besetzung des Postens des Staatssekretärs des Auswärtigen ist daher für die Kapitalistenklasse in dieser Zeit besonders wichtig, in der sie nach Ausdehnung ihrer wirtschaftlichen und politischen Herrschaft in der Welt lechzt. Haben es doch mehrere bürgerliche Blätter offen ausgesprochen, daß Deutschland bei einer etwaigen Perfidelung der asiatischen Türkei ein gehöriges Stück beanspruchen müsse. Für solche Pläne kann die Waffenrüstung des Reiches natürlich nie stark genug sein, und die freikonservative, alldeutsche und nationalliberale Presse als das Sprachrohr der Schwere- und Großindustriellen verfährt daher nur folgerichtig, wenn sie die von Herrn Baffermann im Reichstag begonnene Agitation für eine abermalige Heeresverstärkung tatkräftig fortsetzt.

Neuerdings ist diese Agitation besonders belebt worden durch die Ankündigung der „Post“, daß in Kürze eine neue große Militärvorlage zu erwarten ist. Nach den Angaben des



Blattes soll es eine Forderung werden, die alles, was wir in den letzten Jahren auf diesem Gebiet erlebt haben, an Größe und Kostspieligkeit weit hinter sich läßt. Und ob nun alle Einzelheiten zutreffen mögen oder nicht, die Meldung hat die Glaubwürdigkeit für sich, und diese wird verstärkt durch die Tatsache, daß die offiziellen Blätter keinen glatten, offenen Widerspruch bringen, sondern eben zur Einzelheiten bestreiten, von verfrähter Meldung, von Übertreibungen reden, also im wesentlichen die Nachricht bestätigen. Eine Bestätigung ist auch der Rotschrei, der in einem dem Reichschahamt naheliegenden Blatte laut wurde. Darin wurde die Meldung der „Post“ deswegen nämlich als unzutreffend bezeichnet, weil — für solche weitreichenden Ausgaben ja keine Deckung aus den jetzigen Reichseinnahmen vorhanden sei. Das klingt wie ein Hilferuf des Reichschahamts vor den Forderungen des Militarismus, ein Hilferuf, der ihm nichts nützen wird. Denn durch Finanzbedenken läßt sich die Bourgeoisie von der Verfolgung der imperialistischen Politik nicht abhalten, die für sie eine Lebensbedingung ist. Um die Frage, wer schließlich die Kosten zu tragen hat, wird es allerdings einen heißen Streit geben. Schon bei der Besitzsteuerfrage wird er losgehen. Die Reichsregierung, die einen Entwurf so rechtzeitig vorlegen sollte, daß er bis zum 1. April Gesetz werden könnte, wagt deshalb das heiße Eisen gar nicht anzufassen. Sie hat sich immer noch nicht entschieden, welche Steuer sie vorschlagen will, und die Konferenz der Finanzminister der Einzelstaaten, die neulich in Berlin tagte, hat sich auch noch nicht zu einem Entschluß aufraffen können. Eine Erbschaftsteuer ist den Junkern und dem Zentrum verhaßt, und gegen eine Reichsvermögenssteuer wehren sich die Bundesstaatsregierungen als gegen einen Eingriff in ihre Finanzhoheit. In dieser Zwangslage soll Bethmann-Hollweg auf eine Vermögenszuwachssteuer verfallen sein. Sie wäre den Agrariern erträglich, da sie das in landwirtschaftlich genutztem Grund und Boden angelegte Vermögen, dessen Wachstum nur beim Besitzwechsel festzustellen ist, nur wenig belastet. Aus demselben Grunde wird die Steuer aber den Liberalen nicht passen, die sich dafür bedanken, die Hauptlast den Industriellen und Handelsherren aufladen zu lassen. Es kann also noch eine ergiebliche Kabbalerei werden.

Der preußische Parteitag, der in der Woche nach Neujahr in Berlin tagte, hat alle Versuche zurückgewiesen, die Sozialdemokratie zu einer bedingungslosen Unterstützung des Fortschritts und der Linkliberalen im bevorstehenden Landtagswahlkampf zu bewegen. Das sollte durch die Wahl liberaler Wahlmänner schon im ersten Wahlgang in allen Wahlkreisen mit Ausnahme der wenigen geschehen, wo Aussichten auf Mandatserwerbung für die Sozialdemokratie bestehen. Die Mehrheit des Parteitags war für ein selbständiges Vorgehen der Partei und für Unterstützung des Fortschritts im zweiten Wahlgang nur bei Gegenleistung. Diese Mehrheit erwies sich in der Debatte schon so stark, daß schließlich ein einstimmiger Beschluß gefaßt wurde. Die einmütige Kundgebung ist ein gutes Vorzeichen für den Kampf, der für uns ein Stück Wahlrechtskampf sein muß.

H. B.

### Gewerkschaftliche Rundschau.

Das Jahr 1912 erwies sich in wirtschaftlicher Beziehung für die Arbeiterklasse nicht allzu günstig. Obwohl es kein Krisenjahr war, hatten doch bestimmte Industriezweige weniger Beschäftigung, und der Andrang Arbeitsuchender auf dem Arbeitsmarkt war stärker als im Vorjahr. Hinzu kamen die Nachwirkungen der schlechten Ernte von 1911 und die Verschärfung der Fleischnot. Die Ungunst der Lage für die Arbeiterschaft machte sich natürlich auch in der Gewerkschaftsbewegung geltend. Die Zahl der Lohnkämpfe zeigt einen starken Rückgang. Ebenso blieb die Mitgliederzunahme in den Gewerkschaften hinter der des Vorjahres zurück, soweit eine ungefähre Zusammenstellung das im jetzigen Zeitpunkt erkennen läßt. Von 30 Zentralverbänden liegen Berechnungsziffern für das dritte Quartal vor, sie werden für die übrigen 21 Verbände ergänzt durch die Schätzungsziffern der Arbeitslosenstatistik des Reichsarbeitsblattes vom September. Nach diesen Quellen zählten die 51 Gewerkschaftsorganisationen Ende September 2 595 650 Mitglieder gegen 2 394 894 am Ende des dritten Quartals 1911, das ist eine Zunahme von 200 756 Mitgliedern oder 8,38 Prozent, während im Vorjahr der Zuwachs 309 020 oder 12,9 Prozent betrug. Nimmt man das gleiche Zunahmeverhältnis für die Jahreschlussziffern an, so kann man für den Schluß des Jahres 1912 mit 2 624 376 freigewerkschaftlich organisierten Proletariern rechnen. Und zwar hätten 41 Verbände einen Mitgliederzuwachs und nur 10 eine Abnahme erfahren. Es ist weder eine starke Aufwärts-, noch eine starke Abwärtsbewegung

des Mitgliederstandes zu verzeichnen. In der Mitgliederzunahme stehen Transportarbeiter und Metallarbeiter mit je rund 35 000 an erster Stelle, dann folgen Bauarbeiter mit 27 000, Fabrikarbeiter mit 20 000, Holzarbeiter mit 14 000, Textilarbeiter mit 13 000. Außer im Bergbau fanden größere Kämpfe nur noch in der Porzellanindustrie, im Schneidergewerbe und in der Metallindustrie statt. Durch die Reichstagswahlen, die naturgemäß auch manche gewerkschaftliche Aktion etwas zurückgedrängt haben mögen, brachte das Jahr der Arbeiterbewegung einen großen politischen Erfolg. Immerhin gibt auch die Entwicklung der Gewerkschaften keineswegs zu Klagen Anlaß, nicht in jedem Jahre ist ja der Fortschritt der gleiche. Für das Jahr 1913 drohen bereits verschiedene größere Tarifkämpfe, und ihnen werden weitere Lohnbewegungen folgen. So wird das Heer der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter im neuen Jahre manch schweren Kampf gegen das Kapital auszufechten haben, und im Kampfe wird seine Erkenntnis und Kraft wachsen.

Im Baugewerbe fanden kurz vor Jahreschluß Vorverhandlungen statt. In ihnen gaben zunächst beide Parteien die Erklärung ab, daß sie grundsätzlich auf dem Boden des Tarifvertrags stehen und daß sie unter Vermeidung eines Kampfes zu einem neuen Vertragsabschluß zu gelangen wünschen. Die Arbeitervertreter verlangten, die Unternehmervertreter sollten grundsätzlich eine allgemeine Lohnerhöhung zusichern. Die Unternehmervertreter erklärten, die Bundesleitung werde dem nicht entgegenstehen, daß die Bezirksverbände beider Organisationen sich über örtliche Lohnzulagen einigen; die geforderte Verbürgung der Lohnerhöhungen könnten sie nicht übernehmen. Sollten sich bei der Vereinbarung des Hauptvertrags unüberwindliche Schwierigkeiten ergeben, so wäre der Unternehmerverband geneigt, den jetzigen Vertrag unverändert bis 31. März 1916 zu verlängern. Die Verhandlungen wurden nach dieser Erklärungen bis Ende Januar 1913 vertagt.

Auch im Malergewerbe sind bei Niederschrift dieser Zeilen Tarifverhandlungen im Gange. Sie waren am zweiten Verhandlungstag in ein gefährliches Fahrwasser geraten, da die Unternehmer die Lohnforderungen der Arbeiter für so außerordentlich hoch erklärten, daß sie darauf kein Angebot machen könnten. Die Christlichen und Hirsch-Dunckersehen erhielten zwar das Zeugnis, daß sie bescheiden seien, aber selbst an ihnen wurde getadelt, daß sie die gegenwärtige wirtschaftliche Lage des Malergewerbes verkennen und daß ihre Forderungen daher keine Grundlage für Verhandlungen böten. Demgegenüber erklärten die Gehilfenvertreter, daß ihnen mit einem Tariffschema nicht gedient sei, wenn nicht über die Frage der Lohnhöhe und der Dauer der Arbeitszeit abschließend verhandelt würde. Könnten sich die Unternehmer nicht mindestens zu einem Angebot entschließen, so sei ein weiteres Verhandeln zwecklos. Nach langen Auseinandersetzungen gaben die Unternehmer ihren schroff ablehnenden Standpunkt auf und erklärten sich bereit, in Unterhandlungen über tarifliche Lohnerhöhungen einzutreten und ihren Mitgliedern solche zu empfehlen. Auch soll für einzelne Orte über die Verkürzung der Arbeitszeit verhandelt werden.

Die christliche Streikkomödie im Saarrevier ist zu Ende. Der Ausgang dieser Bewegung des christlichen Bergarbeiterverbandes ist ein schlagendes Beispiel dafür, wie in den christlichen Organisationen die Interessen der Arbeiter den kirchlichen Herrschgelüsten und dem kapitalistischen Profit geopfert werden. Als die Arbeiter unmittelbar vor dem Streik standen, erließ der Bischof Korum von Trier an den Klerus des Saarreviers einen Tagesbefehl, wonach das „Elend des Streiks“ verhindert werden müsse. Da der Bischof nach päpstlichem Willen laut der Gewerkschaftszynklisa die höchste Instanz für die Gewerkschaften ist, so war dieser Erlass für die christlichen Führer bindend, und der christliche Bergarbeiterverband wagte nicht, dagegen aufzumachen. Der Theaterdonner, der in den christlichen Blättern noch bis zum 20. Dezember tobte, sollte nur die Arbeiter täuschen. Abgesehen hätten die christlichen Führer gewiß auch ohne das Eingreifen des Bischofs den Streik im Keime erstickt. Am 20. Dezember beschloß eine Revierkonferenz — allerdings unter leibensschändlichem Protest — den „Waffenstillstand“, weil der Anlaß zum Streik angeblich fortgefallen sei. Besprechungen mit dem Handelsminister und mit der Bergwerksverwaltung sollten zu Zugeständnissen geführt haben, die einen Kampf überflüssig machten. In Wirklichkeit bleiben diese Zugeständnisse selbst hinter den allerbescheidensten christlichen Wünschen noch weit zurück. Die Bergwerksverwaltung änderte nichts an der neuen entrechtenden Arbeitsordnung, die den Grubensklaven aufgezwungen wird. Und die Löhne sollen erhöht werden, „wenn die wirtschaftlichen Verhältnisse sich weiter



günstig entwickeln, wenn die Leistung der Belegschaft auf der Höhe bleibt und wenn die Belegschaft selbst keine Störungen hervorruft". Ein Versprechen, mit drei Wenn verknüpft! Wer denkt da nicht an das goldene Büchlein mit dem silbernen Nichtschen? Wie indes verlautet, Völlen auf den fiskalischen Gruben wirklich einige kleine Lohnerhöhungen eintreten. Der Grund dafür ist durchsichtig. Staatssekretär De Lbrüd hat die christlichen Gewerkschaften erst füglich für notwendig erklärt. So war er wohl gezwungen, selbst dafür einzutreten, daß seinen Schötkindern einige Pfennige zuzufügen sollten. Ihre Stellung den freien Gewerkschaften gegenüber durfte nicht zu sehr geschwächt werden. Die Sache war ein billiges Trinkgeld wert. Bei Lohnbewegungen, die der freie Bergarbeiterverband führt, gibt es keine Vermittlung, zu ihrer Unterdrückung hat man Militär, Maschinengewehre und Gefängnisse, in die selbst die Frauen der Streikenden mit ihren Säuglingen eingesperrt werden. Das Spiel ist aus. Ob aber die christlichen Bergarbeiter davon befriedigt nach Hause gegangen sind und ob ihnen nicht bald die Augen dafür aufgehen, daß mit ihren Interessen Schindluder getrieben wird, das alles steht auf einem anderen Blatte. Schon treten viele Christliche zum alten Bergarbeiterverband über.

Wie schwer der Beruf der Grubenproletarier ist und wie groß die Notlage unter ihnen, wird in einer Petition gezeigt, die die niederschlesischen Bergarbeiter an das preussische Abgeordnetenhaus gerichtet haben. Sie verlangen in ihrer Eingabe eine Ermäßigung der Eisenbahntarife für schlesische Kohle, weil diese immer mehr vom Markte verdrängt wird, und zwar wegen des teuren Eisenbahntransportes — es fehlt zur billigeren Beförderung eine Wasserstraße nach dem Innern des Reiches. Die Löhne beim Kohlenbergbau sind in Niederschlesien die niedrigsten, sie betragen pro Schicht 3,69 Mk., im Ruhrgebiet dagegen 6,12 Mk. Kein Wunder, daß die Arbeiter in ungeheuren Scharen abwandern. Die niedrigen Löhne zwingen naturgemäß zu einer ganz erbärmlichen Ernährung, die sich angesichts der schweren Arbeit besonders stark rächt. Die Krankheitsziffer der schlesischen Bergarbeiter ist daher eine erschreckend hohe. 67,11 Prozent der Gesamtbelegschaft waren in einem Jahre krank gemeldet, und 26 Prozent der Krankmeldungen der Verbandsmitglieder trugen den Vermerk: lungenkrank. In Einzimmerwohnungen wohnten 60 Prozent der Bergarbeiterfamilien, 34 Prozent der Säuglinge starben im ersten Lebensjahr, und in Waldenburg waren über 86 Prozent der Schulkinder krank. Dieses Bild des Elends brandmarkt jene als Verbrecher, die die Not der Bergarbeiter nur durch blaue Bohnen lindern wollen. Die Bergarbeiter sind bei Lohnbewegungen mit ihren Wünschen oft an das Parlament verwiesen worden. Wir wollen sehen, was die Vertreter der Besitzenden im Dreiklassenhaus und ihre Regierung zu dieser Petition zu sagen wissen, in der die Bergarbeiter nicht einmal unmittelbar für sich selbst Forderungen erheben.

Die Mannschaften der Fischdampfer auf der Unterweser stehen im Ausstand. Die Unternehmer entließen unter Tarifbruch von allen im Hafen einlaufenden Schiffen die Maschinisten und Heizer, nachdem sie von ihnen den Austritt aus dem Verband verlangt hatten. Sie wollten offensichtlich damit die Mannschaften einschüchtern und sich des Tarifs entledigen, der am 12. November nach kurzem Streik vereinbart worden war. Die Maschinisten, die zu 90 Prozent organisiert sind, verhängten nun die Sperre. Der größte Teil der Fischdampfer liegt veranfert in den Häfen Cuxemünde, Lehe und Bremerhaven. Eines der wichtigsten Volksernährungsmittel, die Seefische, beginnt auf dem Markte infolge des Tarifbruchs der Unternehmer zu fehlen. Diese lassen aber in der Presse die Nachricht verbreiten, wegen Sturm in der Nordsee könnten die Schiffe nicht auf Fang gehen. Wie geduldig ist doch das Papier!

Ein 50-jähriges Jubiläum konnte am 1. Januar das Verbandsorgan der Buchdrucker feiern. Als Eigentum des Leipziger Buchdruckervereins erschien am 1. Januar 1863 nach verschiedenen Vorläufern der „Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker“. Später wurde er das offizielle Verbandsorgan nach der 1886 erfolgten Gründung des Buchdruckerverbandes als einer Zentralorganisation. — Gelegentlich der Auflösung des Schmiedeverbandes und des Übertritts der Schmiede zum Metallarbeiterverband wurde die Nachricht verbreitet, daß eine größere Anzahl Schmiede nicht zu der größeren Organisation übergetreten sei. Wie eine Umfrage festgestellt hat, sind von 16 092 Mitgliedern des Schmiedeverbandes 14 875 zum Metallarbeiterverband übergetreten, 154 Mitglieder schlossen sich anderen freien Verbänden an, nur 29 gegnerischen Organisationen, über 1034 Mitglieder fehlt der Ausweis. #

**Aus der Textilarbeiterbewegung.** Seit dem 3. Oktober vorigen Jahres stehen in Olsnig i. B. die Schuh- und Teppichweber im Streik. Die Firma Koch & te Koch sowie Hermann Paß haben sich nach kurzem Kampf mit ihren Arbeitern verständigt, und die strittigen Punkte wurden befriedigend geregelt. Anders die Firma Schenk, Schmidt & Weuttler. Diese hat bis jetzt jede Annäherung von Verhandlungen abgelehnt. Wie lange die Firma ihren Standpunkt noch behaupten will oder kann, muß sich bald entscheiden. Ein Rundschreiben an ihre Kundschaft zeigt recht augenfällig, in welcher Verlegenheit sie ist. Es heißt darin: „Unser geehrten Kundschaft teilen wir hierdurch mit, daß der bereits seit Anfang Oktober begonnene Streik in unserer Fabrik bis heute noch nicht beendet ist und sind wir daher nicht in der Lage, so prompt wie andere Jahre mit der neuen Kollektion auf dem Markte zu erscheinen... Wir bitten Sie höflichst, auf die durch den Streik entstandene Lage Rücksicht zu nehmen und Ihre schätzbaren Aufträge bis zum Erscheinen unserer neuen Kollektion, welche besonders schöne Neuheiten enthält, zu reservieren.“ Weiterhin „gestattet sich“ die Firma, „über die Ursache und den Verlauf des Streiks eine kurze Schilderung zu geben“. Trotz der Kürze gelingt es ihr, in dieser Schilderung einige Unrichtigkeiten unterzubringen. Unwahr ist es, wenn behauptet wird, „daß der Arbeiterverband diese Sache mehr zur Macht- als zur Lohnfrage zu machen beabsichtigte.“ Dem widerspricht schon das Kompromiß, das mit der Firma Koch & te Koch geschlossen wurde. Als Nachfrage werden die Forderungen der Arbeiter vielmehr von der Firma behandelt, die weder vor dem Streik noch bis jetzt während seines Verlaufes zu Verhandlungen bereit war. Unwahr ist es, daß die „Weber der Firma Koch & te Koch die Arbeit bedingungslos wieder aufgenommen haben“. Diese Firma hat die Löhne um 6 bis 7 Prozent erhöht und einen Arbeiterauschuss anerkannt. Schon vor dem Streik waren die Löhne bei Koch & te Koch höher als bei Schenk, Schmidt & Weuttler, und jetzt ist der Abstand natürlich noch größer geworden. 18 Jahre lang hat die Firma in Olsnig die niedrigsten Löhne gezahlt und Tausende von Mark an Extraprofit in ihre Tasche gesteckt, die andere Unternehmer mehr an Lohn ihren Weibern zahlen mußten. Doch jetzt hilft ihr kein Mundspigen mehr, jetzt muß sie pfeifen. Auf irgendeine Unterstützung durch andere Firmen kann sie nicht rechnen, im Gegenteil, die Konkurrenz wird die Lage ausnützen. Daher der Notschrei an die Kundschaft, in dem die Konkurrenzfirma angeschwärzt wird, die Solidarität der Ausbeutenden gebrochen zu haben. Der Kampf dauert jetzt 15 Wochen, und die Firma hatte hinlänglich Zeit, zu einer richtigen Beurteilung der Streiklage zu kommen. Trotz krampfhafter Anstrengungen ist es ihr nicht gelungen, Streikbrecher zu werben. Die Streikenden haben Zeit, die Entscheidung durchzukämpfen. Daß die Organisation dem Kampfe nicht auszuweichen braucht, das hätte der Firma die Aussperrung der Färber in Sachsen-Thüringen zeigen sollen. Im eigensten Interesse der Firma liegt es, Frieden zu schließen, wenn sie bei der Kundschaft nicht verdrängt werden will. Sie kennt die Bedingungen.

#### Arbeitslosenzählung im Deutschen Textilarbeiterverband.

Die Dezemberzählung ergab 1843 Arbeitslose, darunter 553 Arbeiterinnen. Im Vormonat waren 728, im Dezember des Vorjahres 1543 Beschäftigungslose verzeichnet worden. Am gleichen Tage wurden als auf der Reise befindlich gemeldet 110 arbeitslose Mitglieder, darunter 4 weibliche; im Vormonat waren es 91, im Dezember des Vorjahres 139. Im vierten Quartal 1912 waren 4382 Verbandsmitglieder insgesamt 49800 Tage arbeitslos, im gleichen Quartal des Vorjahres 4055 Mitglieder 49094 Tage. An Arbeitslosenunterstützung wurde in diesem Zeitraum an 2390 Männer für 26269 Tage 27850 Mk. und an 617 Frauen für 7632 Tage 7115 Mk. ausgezahlt. In der gleichen Zeit des Vorjahres erhielten 2208 Männer für 24504 Tage 25543 Mk. und 892 Frauen für 11839 Tage 9293 Mk. Arbeitslosenunterstützung. Für Arbeitslose auf der Reise betrug die Unterstützung im vierten Quartal 3865 Mk., im gleichen Quartal des Vorjahres 2997 Mk. Die Zahl der Verbandsmitglieder betrug im Dezember 87646 männliche und 54727 weibliche, zusammen 142373; im Vormonat waren es 87301 männliche, 54501 weibliche, zusammen 141802 Mitglieder. sk.

**Aus der Holzarbeiterbewegung.** Der Deutsche Holzarbeiterverband hat im dritten Viertel des Jahres 1912 die Zahl seiner Mitglieder um 4873 auf 195659 erhöht. Hierunter waren 187600 männliche, 6977 weibliche und 1082 jugendliche Mitglieder. Das Verbandsvermögen stieg auf 6558453 Mk. Die größten Anforderungen stellen in diesem Quartal die Streik-, die Kranken- und die Arbeitslosenunterstützung.

Die Frage des Anschlusses an unseren Verband, der bei einigen nächstehenden Berufsorganisationen in Aussicht genommen ist, ist für den Bildhauerverband vorläufig erledigt. Bei einer Necl-



stimmung haben sich 1653 gleich 52 Prozent der Mitglieder für und 1518 gegen den Anschluß erklärt. Damit ist die vorgezeichnete Zweidrittelmehrheit nicht erreicht und die Vereinigung zur Zeit nochmals abgelehnt. Dagegen haben Verhandlungen mit dem Vorstand des Schiffszimmererverbandes, die auf dessen Ansuchen eingeleitet und in Gemeinschaft mit dem Metallarbeiterverband geführt wurden, folgendes Ergebnis gezeitigt: Der Vorstand wird den geschlossenen Anschluß an den Holzarbeiterverband empfehlen und er erklärt sich einverstanden, daß nach einem etwaigen Übertritt des Verbandes eine Regelung der Zugehörigkeit der Schiffszimmerer je nach ihrer Beschäftigung im Holz- oder Eisenschiffbau mit dem Metallarbeiterverband erfolgt.

In den Verhandlungen, die durch die große Tarifbewegung veranlaßt werden, war eine Pause eingetreten, doch sind sie inzwischen wieder aufgenommen worden. Dagegen ist es in der umfangreichen Menteler Holzindustrie mit Jahresbeginn zu einer ArbeitsEinstellung gekommen. An dieser sind insgesamt 1200 Holzarbeiter beteiligt, darunter etwa ein Viertel Frauen. Die Ursache des Streiks ist, daß die Besitzer der Schneidemühlen und Schälwerke bei der Tarifierneuerung, die am 1. Januar fällig war, nur ganz ungenügende Zugeständnisse anboten. 1k.

**Die unheilvollen Einwirkungen des Krieges auf die Gewerkschaften in den Balkanstaaten** schildert eine Zuschrift, die der Sekretär einer bulgarischen Gewerkschaft, Genosse Dimitroff, an den internationalen Sekretär der gewerkschaftlichen Landeszentralen gerichtet hat. Dieser Notschrei lautet:

Zu meinem großen Bedauern kann ich wegen der strengen Zensur, die sich auch auf die Privatkorrespondenz ausdehnt, meinen Genossen im Ausland nicht mit jenen Details dienen, die nötig wären, um ein völlig klares Bild über unsere Lage zu geben. Deshalb kann ich auch noch nicht über die Folgen schreiben, die der Krieg den kämpfenden Proletariern auf dem Balkan möglicherweise bringt.

Am 30. September wurde die Mobilisierung angeordnet, und am 18. Oktober begann der Krieg gegen die Türkei. Wer gebient hatte und noch keine 46 Jahre alt war, mußte sofort ausrücken. Auch jene Rekruten wurden einberufen, die sich sonst erst im nächsten Jahre hätten stellen müssen. Vom männlichen Geschlecht wurden zur Militärdienstleistung nur jene nicht einberufen, die unter 18 Jahren oder zu alt zum Arbeiten waren. Die Angestellten und Arbeiter der Post-, Telegraphen-, Telephonanstalten, der Eisenbahnen und einiger Bergwerke wurden der Militärgewalt unterstellt, damit sie zur Arbeit gezwungen werden konnten.

Seit Beginn der Mobilisierung schon ruht jede Produktion. Nur für die Bedürfnisse der Armee wird noch gearbeitet! Sämtliche Schneider, Schuhmacher, Tischler und Schmiede, die nicht eingezogen sind, sowie auch Arbeiterinnen (!) sind verpflichtet, in den Werkstätten der Armeelieferungskommissionen ohne Bezahlung, nur für die Kost, zu arbeiten. ... In verschiedenen Städten wurden die Lokalitäten der Arbeiterorganisationen ganz einfach in Werkstätten für Militärbehörden, in Magazine und Lazarette umgewandelt.

Zugleich mit dem Mobilisierungsbehehl wurde im ganzen Lande der Belagerungszustand und die strengste Zensur über Presse und Privatkorrespondenz (!) angeordnet. Alle Versammlungen wurden verboten, unsere Partei- und Gewerkschaftsblätter von der Behörde suspendiert, damit ja nicht die von den Bürgerlichen gemachte „patriotische“ Stimmung getrübt werde. Unter solchen Umständen ist die bisherige Tätigkeit unserer Gewerkschaften völlig unterbunden. Sie können ihren Aufgaben um so weniger gerecht werden, als von den 10 000 Mitgliedern der freien Gewerkschaften höchstens 500 — mit Ausnahme der Post- usw. Angestellten — zu Hause geblieben sind, und die sind arbeits- und verdienstlos. ...

Den Gewerkschaften fällt jetzt die Aufgabe zu, die Organisierten zu unterstützen sowie jene, deren Männer und Söhne auf das Schlachtfeld gesandt wurden. Unbeschreiblich sind die Verzweiflung, das Elend, in dem unsere Arbeiter und ihre Familien jetzt dahingleben. Dabei wird ihr Los immer härter, sowohl durch die außerordentliche Teuerung aller Lebensmittel, wie auch durch den unerbittlichen Winter. Nur einige Angaben, um darzutun, in welchem unermesslichen Maße man die Arbeiterfamilien plündert, während ihre Ernährer auf dem Schlachtfeld die Geschäfte der Prozentpatrioten besorgen und ihr Blut vergießen müssen: Ein Sack Mehl, der vor der Mobilisierung für 20 Fr. (für 75 Kilo) verkauft wurde, kostet heute 85 und 40 Fr. In gleichem Maße stiegen die Preise aller anderen Bedürfnisse. In einzelnen Gemeindevertretungen ist es durch die Intervention der sozialistischen Mitglieder gelungen, einige Gelbunterstützungen für die notleidenden Familien zu erwirken. So wurden in Sofia 500 000, in Varna 50 000, in Plovdiv

30 000 Fr. bewilligt. Natürlich sind solche Unterstützungen völlig ungenügend, schon weil der größte Teil davon gar nicht zu jenen gelangt, für welche das Geld bewilligt wurde. Die Gewerkschaften sind daher gezwungen, jene Mitglieder und Familien von Mitgliedern selbst zu unterstützen, denen die Gemeinde eine Unterstützung verweigerte. Insgesamt besaßen die Gewerkschaften 30 000 Fr. Das aber war zur Linderung der Not kaum mehr als ein Tropfen. Ohne Beihilfe der Genossen im Ausland sind wir daher außerstande, unsere Aufgabe weiter zu erfüllen.

Die Notwendigkeit, Geldmittel zu diesen Zwecken zu beschaffen, wird täglich größer, schon darum, weil man auf dem Schlachtfeld Hunderte von solchen Verwundeten aufliest, die Mitglieder unserer Gewerkschaften sind und für die wir etwas tun müssen. Die ärztliche Hilfe, mit der sie bedacht werden, ist absolut ungenügend. Mag der gegenwärtige Krieg enden, wie er will, soviel ist jedenfalls sicher, daß unsere Arbeiterbewegung eine außerordentliche Erschütterung erleben und große Opfer bringen muß. In diesen schweren Zeiten und in den über uns kommenden noch schwereren Tagen haben wir nur den einen Trost und die Hoffnung, daß wir auf die mächtige Unterstützung des internationalen Proletariats rechnen dürfen. G. Dimitroff, Sofia.

Genosse Legien hat als internationaler Sekretär die gewerkschaftlichen Zentralen aller Länder zur Unterstützung der Gewerkschaften in Serbien und Bulgarien aufgerufen. Die internationale Solidarität muß den weiteren Bestand dieser bedrohten Organisationen sichern, muß es ihnen ermöglichen, ihre Gewerkschaftshäuser und ihre Presse zu erhalten und den Familien der Mitglieder zu Hilfe zu kommen. Was sich in Serbien und Bulgarien jetzt abspielt, ist eine schwache Vorprobe der Leiden, die bei einem Weltkrieg das sichere Los der werktätigen Massen sein werden. Die Todfeindschaft gegen Militarismus und Imperialismus kann daher gar nicht fest und tief genug in der Seele der Ausgebeuteten verankert werden. Wie ein mächtiger Wall aus Granit muß sich der Wille der Massen allen Kriegstreiberereien entgegenstemmen.

## Notizenteil.

### Dienstbotenfrage.

**Verletzung des Briefgeheimnisses durch die Dienstherrschaft,** das scheint auch zu dem Unrecht zu gehören, das sich Dienstmädchen bieten lassen sollen. Im Bureau der Ortsgruppe Hamburg des Verbandes der Hausangestellten wurde gemeldet, daß ein Fräulein F. Sch. bei einer Frau F. eine Behandlung erleiden müsse, die jeder Beschreibung spottete. Um die Organisation mit Fräulein Sch. in Verbindung zu setzen, schrieb die Unterzeichnete an sie folgenden Brief: „Wertes Fräulein! Wenn es Ihre Zeit erlaubt, würde es uns freuen, wenn Sie uns diese Woche auf unserem Bureau besuchen würden. Mit freundlichem Gruß, Verband der Hausangestellten.“ Dem Brief wurde eine Broschüre beigelegt. Der Absender des Briefes lautete: Kähler, Kurze Mühren 8. Unser Brief wurde vom Briefträger der Frau F. übergeben, mit der Bemerkung: „an Fräulein F. Sch.“. Frau F. nahm den Brief mit ins Zimmer. Fräulein Sch., die es gehört hatte, daß der Briefträger ihren Namen nannte, bat sich den ihr gehörigen Brief aus. „Jetzt bekommen Sie den Brief gerade nicht,“ erwiderte die Dame. Später hat Fräulein Sch. noch einmal um ihren Brief. Jetzt hieß es, der Herr habe alle Briefe fortgelegt. Nach einer Stunde ließ Frau F. das Mädchen kommen, um es von dem Inhalt des Briefes in Kenntnis zu setzen. Frau F. hatte den Brief geöffnet und aus dem Umschlag genommen. Fräulein Sch. bekam den Brief nicht in die Hand, vielmehr las ihn Frau F. in Gegenwart der Rememachefrau vor. Ebenso las die Dame einige Sätze aus der beigefügten Broschüre vor und machte sich darüber lustig. Dann zerriß sie Brief und Broschüre und warf die Fetzen ins Herdfeuer. Den Briefumschlag fand Fräulein Sch. am anderen Morgen im Ofen des Wohnzimmer. Auf diese Weise erfuhr sie nun erst, wer der Absender war. Abends ging sie zu ihren Eltern und klagte ihnen zum erstenmal ihr Leid. Frau F. und ihre 18jährige Tochter mißhandelten sie, einmal war sie sogar mit der Hundpeitsche geschlagen worden. Den anderen Tag fragten die Eltern des Mädchens auf unserem Bureau an, ob der bewußte Brief von uns geschrieben worden sei. Wir teilten ihnen mit, weshalb wir uns brieflich an ihre Tochter gewandt hätten. Diese, die 17 Jahre alt und groß und kräftig war, erhielt monatlich 10 Mk. Was ihr an Lohn abging, wurde ihr durch Prügel ersetzt. Obgleich Fräulein F. Sch. schon seit über einem halben Jahre bei der schlagfreudigen



Familie F. in Stellung und das einzige Kind ihrer Eltern war, hatten diese doch erst am Abend vorher von den Mißhandlungen gehört. Wir sahen den Leuten auseinander, daß sie ihre Tochter sofort aus der Stellung nehmen könnten. Da das Mädchen noch nicht mündig sei, so wäre der Vater dazu berechtigt. Auch rieten wir ihnen, Lohn und Kostgeld bis zum 1. Januar zu fordern. Die Eltern befolgten unseren Rat. Frau F. ließ ohne Widerrede das Mädchen mit ihren Eltern gehen und zahlte auch gleich 20 Mk. aus. Den Rest von den zu fordernden 36,20 Mk. sollte der Vater nach zwei Stunden abholen. Als der Mann zu diesem Zwecke wieder erschien, war Herr F. anwesend, tat sehr erboßt und verlangte die ausbezahlten 20 Mk. wieder zurück. Der Vater des Mädchens lehnte natürlich dieses Ansuchen ab, reichte bei der Polizeibehörde Klage gegen die Herrschaft ein und stellte bei der Staatsanwaltschaft gegen Frau F. Strafantrag wegen Verletzung des Briefgeheimnisses. Auch wir haben unsererseits wegen dieses Vorgehens bei der Staatsanwaltschaft einen Strafantrag anhängig gemacht. Die Dienstherrschaften haben nicht das mindeste Recht, Briefe zu öffnen und zu lesen, die an ihre Hausangestellten adressiert sind. Freilich, wenn sich Hausangestellte eine solche Behandlung gefallen lassen, wie sie Fräulein F. Sch. zuteil wurde, so glauben sich die Herrschaften auch im übrigen berechtigt, die Gesetze zu verletzen. Einen Ausweg aus solchen Zuständen bietet den Ausgebeuteten und Mißhandelten nur der Anschluß an den Verband.

Luise Kähler.

### Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen.

Die Lage der Spinnereiarbeiterschaft in Langenbielau wurde kürzlich dort in einer Versammlung beleuchtet. Sie ist so jammervoll, daß sie an die breitere Öffentlichkeit gezogen werden muß. In den Langenbielauer Spinnereien werden Löhne gezahlt, die jeder Beschreiber spotten und die man außerhalb Schlesiens keiner Arbeiterschaft zu bieten wagt. Beide in Betracht kommende Firmen, sowohl Fröhlich als auch Dierig, beschäftigen vorzugsweise jugendliche Arbeitskräfte. Kaum der Schule entwachsene Kinder werden in großer Zahl eingestellt. Wochenlöhne von 6, 7 oder 8 Mk. sind deshalb die Regel, ja sogar erwachsenen männlichen Arbeitern bietet man Löhne, die im Höchsthalle 2 Mk. pro Tag betragen und bis zu 1,40 Mk. herabgehen. Spinner erhalten zum Beispiel bei Fröhlich sowohl als auch bei Dierig im Durchschnitt 12 Mk. pro Woche, während sie in den Baumwollspinnereien in Leipzig 30 bis 38 Mk. verdienen. Spinnerinnen bringen es in Leipzig bis zu 24 Mk. die Woche, in Langenbielau werden sie von der Firma Fröhlich mit 8 bis 9 Mk. abgespeist, bei Dierig stellen sie sich auf 10 bis 12 Mk. Großfleher und Mittelfleher haben in Leipzig durchschnittlich 19 bis 20 Mk. Wochenverdienst, bei Fröhlich dagegen 8 bis 9 Mk., bei Dierig 10 bis 12 Mk. So könnte man der Reihe nach sämtliche Arbeiterkategorien der Spinnerei durchgehen, bei allen müßte man feststellen, daß der Lohn in den Langenbielauer Betrieben manchmal nur halb soviel, oft sogar noch weniger beträgt als in Leipzig. Die Arbeiter und Arbeiterinnen der hiesigen Spinnereien leiden nicht nur selbst unter diesen erbärmlichen Löhnen, sie werden obendrein in gefährlicher Schmutzkonkurrenz gegen ihre Berufsgenossen andernwärts ausgespielt.

Auf derselben Stufe der Erbärmlichkeit wie der Lohn steht auch die Behandlung der Langenbielauer Spinnereiarbeiterschaft. Junge 17- und 20jährige Mädchen glauben als Meister mit den Arbeiterinnen umspringen zu können wie mit einer Koppel Hunde. Auch ältere Meister und Angestellte treten nicht viel anders auf. Betagte verheiratete Arbeiterinnen werden wegen jedem kleinen Versehen angebrüllt und mit Titeln belegt, die nicht im „Knigge“ zu finden sind. Jrgendeine Erwiderung hat die Androhung der Entlassung oder die Kündigung zur Folge. Das selbe „Zuchtmittel“ winkt, wenn Arbeiter oder Arbeiterinnen dabei ertappt werden, daß sie einige Worte zusammen reden. In den beiden Betrieben sollen sich die Ausgebeuteten nicht als Menschen fühlen, sondern nur als „Hände“, sie sollen sich zur willenlosen Profitmaschine herabdrücken lassen. Nur jüngere Arbeiterinnen werden vorübergehend einmal etwas besser behandelt, vorausgesetzt, daß sie der Bestellung abends auf den hinteren Dorfweg folgen. In den vergangenen Jahre ist freilich einmal ein Stelldichein gar nicht programmgemäß abgelaufen. An Stelle der erwarteten Arbeiterin war deren Bräutigam mit einem Freund erschienen, und es gab für den kleinen Pascha statt Liebkosungen eine gehörige Tracht Prügel. Möchte sich diese Lehre wiederholen, bis die Befehlenden etwas von der Sittlichkeit üben, die sie den Untergebenen predigen.

An den unwürdigen Lohn- und Arbeitsverhältnissen ist letzten Endes die lange Zeit indifferente Mehrheit der Langenbielauer

Spinnereiarbeiter und -arbeiterinnen selbst schuld. Stumpf sinnig und feig hielt sie sich der Organisation fern, ja sie wagte es nicht einmal, Versammlungen zu besuchen. Die Leute bildeten sich ein, damit ihren Vorteil zu sichern, erreichten jedoch nur, daß die Behandlung immer schlechter und das Elend immer größer wurde. Wie bitter not ein Steigen des Verdienstes täte, lassen schon die meist abgearbeiteten und ausgemergelten Gestalten der Spinnereiarbeiter erkennen. 1911 forderte die Arbeiterschaft bei Fröhlich eine mindestens 10prozentige Lohnerhöhung, um einen Ausgleich mit den teuren Lebensmittelpreisen herbeizuführen. Sie appellierte an das soziale Verständnis und das menschliche Gefühl des Herrn Fröhlich und erwartete von ihm eine wohlwollende Berücksichtigung ihrer Forderungen. Zudem sie sich auf die Tugenden ihres Brotherrn verließ, statt auf die Kraft ihrer Organisation, war sie schon von vornherein betrogen. Von Herrn Fröhlichs sozialem Verständnis hatte man seither nichts gemerkt. Auch die Spinnereiarbeiterschaft der Firma Dierig hat bis jetzt nichts von Wohlwollen und sozialem Gefühl gespürt. Wenn sich die Spinnereiarbeiterschaft in Langenbielau Achtung, bessere Behandlung und mehr Lohn eringen will, so muß sie sich bis auf den letzten Mann und die jüngste Arbeiterin organisieren. Der Anfang dazu ist gemacht. Jeder, der in den Langenbielauer Spinnereien schafft, jeder, dessen Frau, Tochter oder Schwester hier ausgebeutet wird, Sorge dafür, daß die Reihen der Organisierten sich schließen. Die Leipziger Baumwollspinnerei konnte trotz ihrer höheren Löhne im vergangenen Jahre 12 Prozent Dividende verteilen. Welch fette Gewinne müssen da in den hiesigen Spinnereien erzielt werden! Sollen aber die Arbeiter und Arbeiterinnen mit ihrem Hunger dafür bezahlen? Ihre Forderung ist vollauf berechtigt, wenigstens einen bescheidenen Anteil an dem Reichtum zu nehmen, den ihre fleißigen Hände erzeugen.

Josef Lang.

### Sozialistische Frauenbewegung im Ausland.

Der sozialistische Frauentag in Österreich wird am Sonntag den 9. März stattfinden. Der Parteivorstand der österreichischen Sozialdemokratie hat dem Antrag des Frauenreichskomitees zugestimmt, der dieses Datum für die Kundgebung in Vorschlag brachte. Wir hoffen, daß es auch in den übrigen Ländern möglich sein wird, den heutigen Frauentag einheitlich am 9. März abzuhalten. Unsere Wiener Genossinnen haben die Absicht, ihre Demonstrationsversammlung in der großen Volkshalle des Rathauses abzuhalten, vorausgesetzt natürlich, daß der neue Bürgermeister der Stadt sie zu dem Zwecke überläßt, was nicht ausgeschlossen scheint. Die österreichischen Genossinnen sind bereits mit Feuereifer an der Arbeit, um den Frauentag wirksam vorzubereiten. Daß auch unsere deutschen Genossinnen zu dem gleichen Zweck rufen, beweist die Rede unserer Genossin Wurm auf dem Parteitag der preussischen Sozialdemokratie, von der an anderer Stelle zu lesen ist.

Eine sozialistische Frauenbewegung in Frankreich verspricht endlich in Fluß zu kommen. Das ist ein weiterer guter Anfang des neuen Jahres, den wir heute neben manchen anderen Erfreulichen mitzuteilen haben. In Paris haben sich eine Anzahl organisierter Genossinnen zusammengetan, um eine grundsätzlich klare, organisatorisch gefestigte sozialistische Frauenbewegung zu entwickeln. Am 5. Januar fand eine von ihnen einberufene Versammlung statt, die nach eingehender Aussprache unter Hinweis auf die Erfolge der Genossinnen in Deutschland und anderen Staaten erklärte, es sei dringend nötig, auch unter dem weiblichen Proletariat in Frankreich die sozialistischen Lehren zu verbreiten, da nur der Sozialismus den Frauen der werktätigen Massen volle Gleichberechtigung und Freiheit verbürge. Am 23. Januar soll eine Versammlung stattfinden, in der sich die Gruppe von Genossinnen konstituiert, die als ihre besondere Aufgabe betrachtet, die Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen aufzuklären und zu organisieren. Die Genossinnen haben sich in Verbindung mit Genossin Jettin als internationaler Sekretärin der sozialistischen Frauen gesetzt. Sie wollen sich zunächst besonders darüber informieren, welche Mittel und Wege die Genossinnen außerhalb Frankreichs anwenden, einmal um einen Stab theoretisch geschulter Vorkämpferinnen zu erziehen, dann um durch die Agitation die breiten Frauenmassen zu erfassen. Wir sind überzeugt, daß die Genossinnen aller Länder den Plan ihrer französischen Schwestern freudig begrüßen und ihnen besten Erfolg wünschen.

I. K. Von der Organisation und Arbeit der deutschsprachigen Genossinnen in den Vereinigten Staaten. Die sozialistische Agitationsarbeit ist in den Vereinigten Staaten von jeher schwierig gewesen, weil unsere Union das Land aller Nationen, aller Sprachen, aller Sitten und Gewohnheiten ist. Um dieser Tatsache



Rechnung zu fragen, wurde denn auch auf dem letzten Nationalkongress der Sozialistischen Partei den Genossen und Genossinnen, die der englischen Sprache nicht mächtig sind, empfohlen, sich mit den Genossen ihres Landes in Sprachgruppen zu organisieren. Diese Sprachgruppen werden von einem besonderen Nationalkomitee geleitet, dem wieder — nach deutschem Muster — eine Kontrollkommission zur Seite steht; als einziger besoldeter Beamter fungiert für diese Gruppen ein Nationalübersetzer oder Sekretär, der im Parteihauptbureau zu Chicago seinen Sitz hat. Alle eingezahlten Beiträge dieser Gruppen der Fremdsprachigen verbleiben zur Hälfte dem besonderen Nationalkomitee, das damit die ihm obliegende Agitation betreibt. Somit ist das Haupt Hindernis so gut wie behoben, das sich einer intensiven Agitation unter den deutschsprachigen Arbeitern Amerikas entgegenstellte. Die deutschen Genossen haben daher auch sofort die ihnen gebotene Gelegenheit ergriffen und beschlossen, sich auf einer Konferenz national zu organisieren, selbstverständlich im Rahmen der Partei. Die Konferenz sollte Ende Dezember in New Castle, Pa., stattfinden.

Für die deutschen Genossinnen unserer amerikanischen Bewegung ist dieser Schritt von hoch zu schätzender Bedeutung. Ist es schwer, unter den fremdsprachigen männlichen Arbeitern in der englischen Landessprache zu agitieren, wie viel ausichtsloser muß dann das Bemühen sein, durch die allgemeine Parteiagitation in englischer Sprache eine richtige deutsche Hausfrau zu erreichen, die nichts kennt als ihr Heim und ihre Kinder und niemals auch nur den Versuch macht, das Englische zu erlernen. Nicht nur, daß sie die Sprache nicht versteht, sie ist ihrem ganzen Wesen nach so anders, hat so ganz andere Anschauungen und Vorurteile als die eigentliche Amerikanerin, daß es nahezu unmöglich ist, sie für eine „englische“, das heißt allgemeine Parteiorganisation zu interessieren. Die deutschsprachigen Sozialistinnen haben das längst empfunden, und es wurden deshalb schon vor Jahren Sozialistische Frauenvereine gegründet, die sich die Agitation unter den deutschen Frauen angelegen sein ließen. Für die immerhin geringe Zahl von Genossinnen, die in Vereinen zusammengeschlossen waren, haben diese recht gute Arbeit geleistet. Sie ergaben einen Stamm von Genossinnen, die für jede Arbeit im Dienste der Bewegung befähigt waren. Vor ein paar Jahren lösten sich die sozialistischen Frauenvereine auf und schlossen sich als Frauen-Branches (Zweige, Sektionen) der Partei an. Um jedoch nach wie vor die enge Fühlung zu erhalten, die bisher die Vereine verbunden hatte, ließ man das alte Zentralkomitee unter dem Namen Deutsches Frauenagitationskomitee weiterbestehen. Nach wie vor finden weiter die jährlichen Konferenzen der deutschen Genossinnen statt, auf denen ein Überblick über die Ereignisse des letzten Jahres gegeben wird, damit aus der Vergangenheit für die Zukunft Lehren gezogen werden.

Die letzte Konferenz fand am 20. Oktober 1912 statt. Sie begrüßte die bevorstehende Gründung einer fest zusammengeschlossenen Gruppe deutscher Sozialdemokraten und beschloß, die Tagung zu New Castle mit einer Delegierten, der langbewährten Genossin Martha Orkland, zu beschicken. Es steht zu erwarten, daß unsere Sprachgruppe die Frauenagitacion ganz besonders tatkräftig fördern wird, da das bisher bestehende Deutsche Agitationskomitee für den Staat New York, mit dem Sitz in der Stadt New York, stets außerordentliches Verständnis für die Notwendigkeit einer umfassenden Aufklärungsarbeit unter den Frauen zeigte und reichliche Mittel dafür zur Verfügung stellte. Die Konferenz forderte ferner den Vorstand der Gesamtpartei auf, einen besoldeten Beamten anzustellen, der seine ganze Zeit zur Organisierung und Förderung des sozialistischen Bildungswesens verwenden soll. Vom Staatskomitee der Partei zu New York verlangte sie die Anstellung eines Organisationsführers für die Jugendbewegung. Weiter protestierte die Konferenz gegen den Beschluß des allgemeinen Parteikongresses, daß den Frauen von Parteigenossen das Recht zustehen soll, ohne Zahlung von Beiträgen vollberechtigte Mitglieder zu werden. Sie sprach sich dafür aus, daß die Beiträge aller Frauen um 10 Cts. pro Monat herabgesetzt werden, sie betragen jetzt durchschnittlich 25 Cts. monatlich. An der Organisationsfrage waren zwei Richtungen vorhanden. Die eine vertrat die Ansicht, daß die bestehenden Frauenbranches als zeit- und kraftzerplündernd aufgelöst werden, und daß ihre Mitglieder den Branches deutscher Genossen beitreten sollten; für die Genossinnen seien jedoch besondere Frauenlesende beizubehalten. Die andere Richtung dagegen hielt die Zeit für einen so weitgehenden Schritt noch nicht gekommen. Eine Abstimmung in dieser Frage erfolgte nicht; den Frauenbranches wurde empfohlen, abwechselnd Sitzungen zur Erledigung der Geschäfte und Diskussionsversammlungen abzuhalten.

In den letzten Wochen beschäftigten sich die Genossinnen wieder einmal mit der alten Streitfrage, ob sie Veranlassung hätten, mit den bürgerlichen Frauenstimmrechtlerinnen gemeinsame Sache zu machen. Veranlassung dazu hat eine Demonstration der bürgerlichen Frauenrechtsorganisationen gegeben, an der sich die Sozialistische Partei als Gruppe beteiligt hat, und zwar auf das Betreiben der leitenden englischsprachigen Genossinnen. Wie schon wiederholt bei früheren derartigen Anlässen, haben die deutschen Genossinnen energisch gegen das Zusammengehen protestiert. Ihr Protest brachte ihnen den Ruf ein, „Antistimmrechtler“ zu sein, woran natürlich nicht der Schatten der Wahrheit ist. Es darf freudig hervorgehoben werden, daß die deutschen Genossen und Genossinnen in dieser Frage vollständig einig sind, und daß unter ihnen auch nicht einmal die Frage diskutiert zu werden brauchte, ob sie sich als Sozialdemokraten an dieser Karabane beteiligen sollten. Gerade dieser Vorgang ist wieder ein Beweis dafür, wie notwendig eine starke deutsche Mitgliedschaft für die gesunde Entwicklung der allgemeinen Partei ist. Die feste, zielbewusste Betätigung einer geschulten, disziplinierten Gruppe deutscher Sozialdemokraten wird von größter Wichtigkeit dafür sein, daß die Gesamtpartei bei ihrer Entwicklung gefährliche Klippen vermeidet, die mit den Verhältnissen in der Union zusammenhängen. Die deutsche Sprachgruppe der Sozialistischen Partei der Vereinigten Staaten geht einer arbeitsreichen, aber erfolgverheißenden Zukunft entgegen. Auch die Genossinnen wollen sich selbst erziehen und weiterbilden, um ihren bedeutungsvollen Aufgaben gewachsen zu sein.

L. L., New York.

### Frauenstimmrecht.

**Das Frauenstimmrecht in Ungarn.** Nach mancherlei Äußerungen der Presse schien es, daß der reaktionäre Präsident des reaktionären ungarischen Kabinetts mit dem Frauenwahlrecht kokettierte. Die bürgerlichen Frauenrechtlerinnen jubilierten, sie sahen den Himmel voller Geigen. Sie schwelgten in der Vorstellung, daß der bevorstehende Kongress des „Weltbundes für Frauenstimmrecht“ 1913 zu Budapest in einem Staate tagen werde, wo der Triumph des Frauenwahlrechts gesichert sei. Daß es sich bei der erhofften ministeriellen Reformfreundlichkeit nur um ein gefährliches Damenwahlrecht handeln konnte, beschwerte die ungarischen Frauenrechtlerinnen nicht. Im Gegenteil! Wie unsere Leserinnen wissen, petitionierten sie selbst um ein ganz schäbiges beschränktes Frauenwahlrecht. So viel reaktionäre Gesinnungstüchtigkeit mußte belohnt werden, so hofften die Damen. Die Wahlrechtsreform der Herren Lukacs und Tisza hat sie um diese Hoffnung betrogen. Wohl ist sie noch reaktionärer ausgefallen, als selbst vor dieser Regierung erwartet worden war, allein das beschränkte Frauenwahlrecht enthält sie nicht. Die Regierung glaubt sich jedoch zu einer Erklärung verpflichtet, weshalb sie auf die Neuerung verzichtet und bestätigt damit, daß sie tatsächlich mit dem Gedanken des Damenwahlrechts gespielt hat. Ihre Erklärung ist so bezeichnend, daß wir sie hier folgen lassen. Sie lautet:

„Vermöge ihrer prinzipiellen Bedeutung gehört auch die Frage des Frauenwahlrechts in den Rahmen der allgemeinen Begründung. Diese Frage tritt in neuerer Zeit allenthalben immer stärker in den Vordergrund. Die Anhänger des Frauenwahlrechts sind mit großer Begeisterung und Energie bemüht, die Idee vollständig zu machen und die öffentliche Meinung für sie zu gewinnen.

Mein Gespöntwurf wünscht das Wahlrecht bloß den Männern zu erteilen. Das bedeutet keineswegs, daß ich die Bedeutung der Frau im öffentlichen Leben unterschätze. Ich lege großen Wert auf die Mitwirkung der Frau, insbesondere auf dem Gebiet der sozialen Fürsorge und der philanthropischen Einrichtungen, wo die Frau nicht nur ein unschätzbare Mitarbeiter der sozialen Tätigkeit, sondern auch eine Helferin der in moderner Richtung zu entwickelnden Verwaltung ist. Die ganze ungarische Rechtsentwicklung beweist die Wertschätzung der Frau. In unserem Vaterland ist die Lage der Frau zu allen Zeiten eine ihres edlen Berufs würdige gewesen. Sowohl im Staatsrecht, insbesondere im Privatrecht ist stets das Streben nach Achtung der Rechte der Frau zur Geltung gelangt. Indessen die Frau als ebenbürtige Konkurrentin des Mannes im wirtschaftlichen Kampfe beschäftigt erst in jüngster Zeit die ungarische öffentliche Meinung, und auch auf diesem Gebiet kommt die für das Seelenleben der ungarischen Nation bezeichnende liberale Gesinnung zur Geltung in den Bestimmungen, die in raschem Nacheinander die der nach Broterwerb ausgehenden Frau im Wege stehenden Hindernisse beseitigen. Wenn ich gleichwohl nicht die Zeit als gekommen erachte, um das Wahlrecht auch auf die Frauen zu erstrecken, so bin ich bei dieser Überzeugung



von denselben Gesichtspunkten geleitet, die es der Gesetzgebung zur Pflicht machen, bei der Ausdehnung des Wahlrechts die Gesetzmäßigkeit der stufenweisen Entwicklung nicht durch Übergangslöse-Überreibungen über den Haufen zu werfen.

Wenn es gilt, ein so zahlreiches neues Wählerpublikum zur Ausübung des wichtigsten politischen Rechts zu erziehen, welches an ziffernmäßigem Umfang binnen kurzer Zeit die Gesamtzahl der gegenwärtigen Wähler erreichen wird, wäre es nicht zeitgemäß, die Erschütterungen des Überganges dadurch zu steigern, daß wir in die politischen Kämpfe gerade jetzt auch noch die Frau einbeziehen, der es ja nur nachteilig sein könnte, wenn die Gegensätze, die nicht einmal noch im wirtschaftlichen Wettbewerb ausgeglichen sind, nun auch noch durch die Parteigegensätze verschärft würden.

In eine theoretische Diskussion über das Frauenwahlrecht möchte ich mich nicht einlassen. Auch in der Frage des Männerwahlrechts gehe ich ja nicht von abstrakten Theorien aus, und so will ich denn auch diese Frage lediglich aus dem Gesichtspunkt der Zweckmäßigkeit beurteilen, ob es geraten wäre, zu einer Zeit, da wir von einem in die engsten Schranken gebannten Wahlrecht zu einer umfangreichen Rechtsausdehnung übergehen, die ungewissen Chancen der Zukunft auch noch durch Gewährung des Frauenwahlrechts zu vermehren. Denjenigen, die vom Standpunkt theoretischer Argumente für die im Kampfe ums Dasein selbständige Frau das Wahlrecht fordern, trete ich mit den Argumenten der praktischen Zweckmäßigkeit entgegen. Ich halte es für recht und billig, daß die Frau, die ungeachtet ihrer ungünstigeren Rüstung unter den gleichen Bedingungen wie der Mann für das tägliche Brot kämpft oder an dem um die Geltung im öffentlichen Leben wogenden ewigen Kampfe teilnimmt, zu den öffentlichen Angelegenheiten ihr Wort erheben dürfe. Auch lassen sich auf einer gewissen Stufe der wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung die Kriterien finden, innerhalb welcher wir der Frau das Wahlrecht erteilen könnten.

Die natürlichste Grundlage des Jenus des Frauenwahlrechts wäre die Intelligenz, die Vermögenslage und die Selbständigkeit. Allein diese Bedingungen würden, weder kombiniert noch gesondert ins Auge gefaßt, eine gerechte Selektion möglich machen. In dem wirtschaftlichen und sozialen Leben unseres Landes ist nämlich die Lage der zum Broterwerb genötigten oder im öffentlichen Leben auf andere Art wirkenden Frau noch lange nicht so weit gediehen, um schon jetzt ohne große Ungerechtigkeit oder lückenhafte Generalisierung die Grenze feststellen zu können, innerhalb deren die Frau in den Besitz des Wahlrechts gelangen könnte.

Bei der Frau könnte, wenn auch die Kriterien des Vermögens oder der Selbständigkeit sonst zutreffen, der Intelligenzgenuss in der Regel nicht erlassen werden; denn bei den gegenwärtigen sozialen Verhältnissen erschließt sich im Kreise der auf tieferer Intelligenzstufe stehenden Arbeiterschaft für die erwerbende Frau ein unerbärmlich geringeres Gebiet, um die zur Stellungnahme im öffentlichen Leben erforderlichen Kenntnisse in noch so oberflächlicher Weise zu erwerben, als dem Manne. Die infolgedessen unerläßliche Einführung eines höheren Intelligenzgenusses hinwieder würde zu der Ungerechtigkeit führen, daß gerade die ausschließlich von der eigenen reichschaffenden Arbeit lebenden selbständigen Frauen in ihrer großen Mehrheit aus der Wählerschaft ausbleiben würden. Und es könnten auch zahlreiche gebildete Frauen, die im öffentlichen Leben oder im Familienkreis ihren Frauenberuf in hervorragender Weise ausüben, nicht in den Besitz des Wahlrechts gelangen, da sie im Elternhaus unterrichtet wurden und daher nicht in der Lage sind, das als Durchschnittsmaß geforderte Schulzeugnis aufzuweisen.

Wenn wir mithin schon jetzt — im Verein mit dem anderen Kriterium auch an dem höheren Intelligenzgenuss festhaltend — der Frau das Wahlrecht erteilen wollten, so würde dies in der Praxis nur einen verschwindend geringen Bruchteil der Frauen zur Urne zulassen. Da wir aber das über das Minimum hinausgehende Maß der Schulbildung zum überwiegenden Teil im Kreise der wohlhabenderen Bürgerklasse vorfinden, so würde das auch auf den höheren Intelligenzgenuss begründete Frauenwahlrecht in der Praxis zu einem Klassenvorteil werden, der die in der männlichen Gesellschaft vorhandenen Wahlrechtsgegenstände auch unter die Frauen tragen und folgermaßen, statt Veruhigung zu schaffen, die Klassengegensätze verschärfen würde. Dies sind die hauptsächlichsten Gesichtspunkte, die mich bewegen haben, die Ausdehnung des Wahlrechts auf die Frauen bei diesem Anlaß nicht in Vorschlag zu bringen.

Wir begnügen uns für heute damit, zwei Befundungen in dieser Begründung zu unterstreichen. Erstens das offene Eingeständnis,

daß nur eine verschwindend kleine Zahl von Frauen ihre politische Gleichberechtigung erlangen würden, wenn ein Frauenwahlrecht zur Einführung käme, das auch nur an einen Bildungszensus geknüpft wäre. Zweitens die verhüllte Beichte, daß die Regierung letzten Endes darauf verzichtet hat, durch ein Damenwahlrecht die politische Macht der Besitzenden noch weiter zu stärken, weil sie befürchten mußte, dadurch den Appetit der entrechteten Arbeitermassen allzusehr zu erregen und den Zorn dieser Massen gegen die reaktionäre Wahlrechtsverhöhnung zu steigern. — Die ungarländische Sozialdemokratie ist entschlossen, die freche Reformomödie der Regierung mit allen Mitteln zu bekämpfen, auch mit dem des Massenstreiks. Ein außerordentlicher Parteitag soll im Januar stattfinden und das Signal zum wichtigen, zähen Kampfe geben. Es verzieht sich dabei von selbst, daß die Sozialdemokratie dabei dem Reformwechselbalg der Reaktion ihre eigene Wahlrechtsforderung entgegenstellt: die vollen politischen Rechte für alle Großjährigen ohne Unterschied des Geschlechts. Sie begreift das allgemeine Frauenwahlrecht in sich. Es liegt auf der Hand, daß diese Forderung in dem gegenwärtigen Kampfe keine entscheidende Rolle spielen kann. Aber ebenso selbstverständlich ist es, daß sie nicht sang- und klanglos aus ihm verschwinden darf. Auch dieser Kampf muß der Agitation für das allgemeine Frauenwahlrecht nutzbar gemacht werden und dazu beitragen, dessen künftigen Sieg vorzubereiten. Die ungarländische Sozialdemokratie wird sich gewiß dieser Verpflichtung nicht entziehen, die sie selbst durch Zustimmung zu dem betreffenden Beschluß des Internationalen Sozialistischen Kongresses zu Stuttgart anerkannt hat. Davon abgesehen, ist die Agitation für das Wahlrecht aller Großjährigen das wirksamste Mittel, der Gefahr eines beschränkten Frauenwahlrechts entgegenzuarbeiten. Daß diese Gefahr durch den gegenwärtigen Entwurf der Regierung keineswegs endgültig beseitigt ist, läßt die Begründung deutlich genug erkennen.

## Frauenbewegung.

**I. K. Nationaler Kongreß der amerikanischen Frauenrechtlerinnen.** Vom 20. bis 25. November hat zu Philadelphia der 24. Jahreskongreß der bürgerlichen Frauenrechtlerinnen in den Vereinigten Staaten getagt. Die Sitzungen sowie die in Verbindung mit der Tagung veranstalteten Versammlungen waren glänzend besucht und von einer freudigen Stimmung beherrscht. Die Tatsache, daß soeben vier weitere Staaten der Union — Oregon, Arizona, Kansas und Michigan — das Frauenstimmrecht eingeführt hatten, gab dem Kongreß den Charakter einer Siegesfeier. Die Berichte der Delegaten aus den einzelnen Staaten lauteten äußerst ermutigend und legten Zeugnis dafür ab, daß sich die Frauenbewegung in den Vereinigten Staaten rasch ihrem politischen Ziele nähert. Die volle politische Gleichberechtigung aller amerikanischen Bürgerinnen ist nur noch eine Frage der Zeit. Die einzige Frage, die auf der diesjährigen Tagung der Frauenrechtlerinnen zu hitzigen Erörterungen führte, war die der Stellungnahme zu den politischen Parteien. Die nationale amerikanische Frauenstimmrechtsorganisation hat seither an dem Standpunkt der absoluten politischen Neutralität festgehalten und nur das eine Ziel verfolgt: Erlangung des allgemeinen, unbeschränkten Frauenwahlrechts. Während der verfloffenen Wahlkampagne hat nun aber Fräulein Jane Addams, eine nationale Beantworte der genannten Organisation, den Grundsatz der politischen Unparteilichkeit durchbrochen, indem sie öffentlich und mit großer Energie für Roosevelt und dessen neue Partei eingetreten ist. Darüber wurde Fräulein Addams von einem Teil der Delegaten angegriffen, während ein anderer Teil sie leidenschaftlich verteidigte. Schließlich einigte man sich darauf, allen Mitgliedern der Organisation volle persönliche Bewegungsfreiheit in bezug auf ihre Zugehörigkeit zu einer politischen Partei zuzugestehen, aber die Organisation selbst wie bisher streng neutral zu halten. Sozialistische Frauen waren als Delegierte wie auch als Gäste auf dem Kongreß anwesend. Das nationale Frauenkomitee der Sozialistischen Partei war durch seine Sekretärin, Genossin Branstetter, vertreten. Am zweiten Tage der Verhandlungen hielt diese eine Ansprache. Ihre Feststellung, daß die 900 000 sozialistischen Wähler grundsätzlich für das Frauenwahlrecht eintreten, wurde mit järmischem Beifall begrüßt. Diese Feststellung wurde ergänzt durch die Berichte der Delegierten aus den vier Staaten, die jüngst den Frauen volles Bürgerrecht zuerkannt haben; sie hoben hervor, wie tatkräftig dort die Sozialistische Partei die Sache der politischen Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts gefördert habe. — Die sozialisti-



schen Frauen von Philadelphia hielten an einem Abend der Kongresswoche eine glänzend besuchte Massenversammlung ab, wo Genossinnen die Frauenfrage vom sozialistischen Standpunkt aus behandelten.

**Nachschrift der Redaktion.** Diese Einsetzung unserer Korrespondentin macht in Verbindung mit dem weiter obenstehenden Bericht unserer deutschen Genossinnen einige Ausführungen notwendig. Der Eindruck ist nicht abzulehnen, als ob manche unserer amerikanischen Genossinnen die frauenrechtlerischen Stimmrechtskämpfer länger und inniger drücken, als der Kampf für unsere eigenen Ideale zuläßt. Wir wollen heute nicht die Fragen untersuchen, ob und unter welchen Voraussetzungen nur auch in den Vereinigten Staaten im Ringen für das Frauenwahlrecht gelegentlich ein vorübergehendes Zusammenwirken der Sozialdemokratinnen mit den bürgerlichen Frauenrechtlerinnen möglich ist. Wir erwarten die Antwort darauf von unseren amerikanischen Genossinnen selbst.

Aber was hatten Genossinnen auf diesem ausgesprochen bürgerlichen Kongress zu suchen, der nicht dem Kampfe galt, der den Sieg feierte? Vielleicht die Gelegenheit zur Agitation für den Sozialismus? Nach den uns vorliegenden Berichten war sie dort nicht vorhanden, konnte sie dort nicht vorhanden sein. Die Erklärung, daß die Sozialistische Partei mit ihren 900 000 Wählern geschlossen hinter der Forderung des Frauenwahlrechts steht, ist noch keine Agitation für den Sozialismus. Schon deswegen nicht, weil das Frauenwahlrecht an sich keine spezifisch sozialistische Forderung ist. Auf dem Kongress, bei den hier üblichen Fünf- und Zehminutenreden war nicht einmal die Zeit, sie in ihrem vollen geschichtlichen Zusammenhang zu begründen, das heißt vom streng sozialistischen Standpunkt aus. Das wäre auch in der Luft dieser Tagung von den meisten bürgerlichen Damen peinlich empfunden worden. Es hätte ja nicht geschehen können ohne die starke Betonung des vollen grundsätzlichen Gegensatzes zwischen der sozialistischen und der bürgerlichen Frauenbewegung, nicht ohne Hinweis auf den unüberbrückbaren Klassen Gegensatz, der auch in den Vereinigten Staaten die ausgebeuteten Proletarierinnen von den ausbeutenden oder wenigstens von der Ausbeutung lebenden Bourgeoisdamen scheidet.

Aber der stürmische Beifall, den die Erklärung unserer Genossin Branstetter gefunden hat? Beweist er nicht, daß die Anwesenheit von Genossinnen dem Sozialismus Sympathien gewonnen hat? Ja, reden wir von diesem Beifall! Er wurde der Sozialistischen Partei nicht ihrem innersten, eigentlichen Wesen nach gezollt. Er galt ihr lediglich als der konsequente, treuen Verfechterin des Frauenwahlrechts, aber nicht als der revolutionären Todfeindin der kapitalistischen Ordnung, zu letzten Endes nicht einmal als der Vorkämpferin vollkommener politischer Demokratie. Die nämliche stürmische Begeisterung hat in frauenrechtlerischen Versammlungen und Blättern auch Roosevelt umstößt, wie den großen Buffalo Bill, als sich die beiden für das Frauenwahlrecht erklärten. Wir haben außerdem starken Zweifel, ob die amerikanischen Frauenrechtlerinnen auch nur in der Frage der politischen Gleichberechtigung des gesamten weiblichen Geschlechts zuverlässige Kämpferinnen für das allgemeine demokratische Recht sind. Wir erinnern an ihr Verhalten, als sie und da in der Union ein stöckreaktionäres Gemeindegewalt eingeführt worden ist. Vor allem aber ist es eine Tatsache, daß auf Kongressen des „Weltbundes für Frauenstimmrecht“ gerade die Delegierten der amerikanischen Frauenstimmrechtsorganisationen die Rolle von brutalen Wintertons des beschränkten Damenwahlrechts gespielt haben. Unter Führung der pfäffischen Reverend Shaw haben sie alle Versuche des „linken Flügels“ niedergestimmt, der „Weltbund“ möge den Verteidigerinnen des allgemeinen Frauenwahlrechts auch nur ein schwaches, wohlwollendes Lächeln zeigen. Es klebt reaktionärer Schmutz an den Händen, die Genossin Branstetter Beifall klatschten. Daher haben auch gerade die amerikanischen Genossinnen May Wood-Simons und Luella Twining in Kopenhagen unsere englischen Genossinnen eindringlich vor jedem Zusammengehen mit den bürgerlichen Frauenrechtlerinnen gewarnt.

### Die Frau in öffentlichen Aemtern.

**Weibliche Rektoren in Preußen** werden in wachsender Zahl ausgebildet. Ende des letzten Jahres bestanden in Berlin zwölf Kandidatinnen die Rektorenprüfung. Leider ist damit noch nicht gesagt, daß die geprüften weiblichen Rektoren alle und bald mit der Leitung öffentlicher Schulanstalten betraut werden. Durch das bestandene Examen haben sie zwar den Nachweis erbracht, daß sie an Wissen und Schulung den Männern ebenbürtig sind, die als Rektoren berufen werden. Bei dem Gedanken ihrer Anstellung sträubt sich trotzdem noch der Popf des alten Vorurteils gegen das weibliche Geschlecht.

### Frauenbildung.

**Das Studium der Mädchen an den badischen Mittelschulen.** Nach einer Statistik des badischen Unterrichtsministeriums wurden im letzten Schuljahre 1911/12 die verschiedenen Arten badischer Mittelschulen besucht von

	Knaben	Mädchen
Gymnasien . . . . .	4885	197
Realgymnasien . . . . .	5009	125
Realprogymnasien . . . . .	3597	277
Oberrealschulen . . . . .	4846	173
Höhere Bürgerschulen . . . . .	131	59

Nimmt man noch die Nichtvollanstalten dazu, so ergibt sich eine Gesamtschülerzahl von 18635, darunter 1621 Mädchen, also rund 8 Prozent aller Besucher. Nicht inbegriffen in der angegebenen Zahl sind die Besucherinnen höherer Mädchenschulen, die in Karlsruhe und Mannheim mit einer Gymnasial- oder Oberrealschulabteilung verbunden sind. Die Zahl der Abiturientinnen ist in Baden seit 1901 von 13 auf 70 gestiegen: 28 bestanden an Gymnasien, 25 an Realgymnasien und 17 an Oberrealschulen ihre Reifeprüfung.

Der Besuch von Mittelschulen durch Mädchen hat sich im Jahrzehnt 1900 bis 1910 wie folgt entwickelt. An den Gymnasien begann er mit einer einzigen Schülerin unter 4385 Böglingen, am Schluß des Jahrzehnts befanden sich unter den 5215 Schülern 166 Mädchen. Die Zahl der Schülerinnen stieg hier von Jahr zu Jahr. Für Realgymnasien und Oberrealschulen mit den angegliederten Gymnasialabteilungen wurden die ersten Schülerinnen 1902 verzeichnet, und zwar 13 bzw. 3 unter 1512 bzw. 3745 Besuchern. In ständiger Aufwärtsbewegung erreichte die Zahl der Schülerinnen in diesen beiden Arten der Vollanstalten 122 bzw. 158. Unter den Nichtvollanstalten hatten die Progymnasien erst vom Jahre 1907 an Schülerinnen, anfangs 5. Dagegen setzte der Besuch der Realprogymnasien durch Mädchen schon 1904 mit 15 Schülerinnen ein, stieg stetig bis auf 114 im Jahre 1908 und ging im nächsten Schuljahre auf 102 zurück neben 1094 Knaben. Derselbe Entwicklung hatten die siebenkürsigen Realschulen: seit 1905 ein Ansteigen von 17 auf 131 Schülerinnen, dann ein Rückgang ihrer Zahl auf 106 neben 988 Knaben. Die sechskürsigen Realschulen verzeichneten schon zu Anfang des Jahrzehnts 180 Mädchen neben 2038 Knaben und am Schluß 738 Mädchen und 2874 Knaben. Bei den fünfkürsigen Bürgerschulen (Lehrplan der Realgymnasien) überstieg im vorigen Jahrzehnt die Zahl der Schülerinnen nie 10 (194 Knaben); hingegen setzte die Frequenz bei den fünfkürsigen Bürgerschulen (Realschullehrplan) mit 97 Mädchen ein, stieg auf 142 und betrug am Schluß des Jahrzehnts nur noch 86. In den nur vierkürsigen Bürgerschulen nahm der Besuch stetig ab, die Zahl der Mädchen fiel von 76 auf 14, die der Knaben von 129 auf 45.

Insgesamt stiegen im ersten Jahrzehnt die Zahlen der Schüler an den öffentlichen höheren Lehranstalten Badens von 13457 auf 18283, darunter die der Mädchen von 363 auf 1495 (heute 1621). Die Anstalten dieser Art vermehrten sich von 55 auf 65, die Jahreskurse von 394 auf 489, die Klassen von 521 auf 698. Das vollbeschäftigte Lehrpersonal stieg von 685 auf 933, die Zahl der Nebenlehrer von 255 auf 366. Ferner gab es 1910 zehn öffentliche höhere Lehranstalten für die weibliche Jugend mit 5252 Schülerinnen, davon 4660 in den Vorschulen und höheren Mädchenschulen, 132 im Mädchengymnasium, 180 in der Abteilung der Oberrealschule, während zu Beginn des Jahrzehntes erst sieben solche Anstalten mit 2602 Schülerinnen vorhanden waren. Die Fortbildungs- sowie Haushaltungsschulen und Hochschulen sind dabei nicht mitgerechnet. 1911 zählte man in Baden 6766 fortbildungspflichtige Mädchen. — Die vorstehenden Ziffern lassen Licht auf zwei Tatsachen fallen. Sie zeigen, daß das Drängen nach besserer Schulbildung der Mädchen einem starken Bedürfnis in manchen Kreisen der Bevölkerung entspricht. In ihm kommt es zum Ausdruck, daß für die Töchter vieler bürgerlicher Familien eine Berufstätigkeit zur Notwendigkeit geworden ist. Die Schule muß der Berufsbildung der Mädchen vorarbeiten. Des weiteren aber geben die mitgeteilten Zahlen über den Besuch von Mittelschulen durch Mädchen einen Maßstab dafür an die Hand, wie dünn heute noch die Schicht der weiblichen Jugend ist, denen der elterliche Geldbeutel eine bessere Vorbildung für den Kampf ums Dasein ermöglicht. Vergewenügt man sich die vielen Zehntausende von Töchtern des Volkes, die sich in Baden mit dem harten, wenig nahrhaften Geistesbrot der Armenleutebildung begnügen müssen, so geht von der angezogenen Statistik eine eindringliche Mahnung zu dem Kampfe aus, der die Bildung aus einem Vorrecht weniger zum Erbteil aller verwandelt. mg.

Verantwortlich für die Redaktion: Frau Klara Reitin (Bundes), Wilhelmshöhe, Post Degerloch bei Stuttgart.

Druck und Verlag von J. S. W. Diez Nachf. G. m. b. H. in Stuttgart.